Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 10.04.2015

An die
Mitglieder des Kreisausschusses

nachrichtlich:
An die
stv. Mitglieder des Kreisausschusses
und die Kreistagsabgeordneten,
die nicht dem Kreisausschuss angehören

An die Dezernenten

Einladung

zur 9. Sitzung

des Kreisausschusses

(XVI. Wahlperiode)

am Mittwoch, dem 22.04.2015, um 15:00 Uhr

Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)

☞ **Bitte beachten Sie den geänderten Sitzungsort!!!!**

TAGESORDNUNG:

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Rettungsausschuss vom 27.01.2015

3. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft
Berichtszeitraum März/April 2015
Vorlage: 61/0573/XVI/2015

4. Bericht zur Regionalarbeit
Berichtszeitraum März/April 2015
Vorlage: 61/0572/XVI/2015

5. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa (Stand: April 2015)
Vorlage: ZS5/0577/XVI/2015

6. SGB II- Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften
Vorlage: 50/0583/XVI/2015

7. Leistungsbericht 2014 der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Vorlage: 013/0582/XVI/2015

8. Anträge

9. Mitteilungen

10. Anfragen

10.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke / Piraten vom 26.03.2015 zur Schulsozialarbeit
Vorlage: 50/0574/XVI/2015

Nichtöffentlicher Teil:

1. Bestätigungen von Beschlüssen der Ausschüsse

1.1. Krankenhausausschuss vom 09.03.2015

2. Genehmigung von Dringlichkeitsbeschlüssen

3. Auftragsvergaben

4. Anträge

5. Mitteilungen

6. Anfragen

Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat

Für die Vorbesprechungen stehen den Fraktionen in der Zeit von 14.00 - 15.00 Uhr folgende Räume im **Kreishaus Grevenbroich** zur Verfügung:

CDU-Fraktion: Raum IV
Kreishaus Grevenbroich, Erdgeschoss

SPD-Fraktion: Raum I
Kreishaus Grevenbroich, Erdgeschoss

Parkplätze stehen in der Tiefgarage des Kreishauses Grevenbroich, Einfahrt "Am Ständehaus", in begrenztem Umfang zur Verfügung.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Parken auf dem Rondell vor dem Haupteingang des Kreishauses Grevenbroich nicht gestattet ist!

Ö 3

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 26.03.2015

61 - Amt für Entwicklungs- und Landschaftsplanung

Sitzungsvorlage-Nr. 61/0573/XVI/2015

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.04.2015	öffentlich

Tagesordnungspunkt:
Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft
Berichtszeitraum März/April 2015

Sachverhalt:

1. Energiewirtschaft

1.1 Konverterstandort

Der Stromnetzbetreiber Amprion hat die Grundstücke der sogenannten „Dreiecksfläche“ in Kaarst erworben und sich mit dem bisherigen Eigentümer geeinigt. Unabhängig hiervon ist die Fläche im gültigen Regionalplan noch für den Kiesabbau vorgesehen. Eine Änderung wird seitens der Amprion GmbH angestrebt.

Die Amprion GmbH hat für den 20.04.2015 eine Informationsveranstaltung im Mecure-Hotel Kaarst angekündigt.

1.2 Antwortschreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Der Landrat hatte mit Schreiben vom 18.02.2015 den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Herrn Sigmar Gabriel, angeschrieben und auf die unbefriedigende Situation bei der Konverterstandortsuche im Rhein-Kreis Neuss hingewiesen (siehe Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Februar 2015). Mit Schreiben vom 16.03.2015 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geantwortet. Das Antwortschreiben ist dem Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft als **Anlage** beigefügt.

2. Braunkohlenplanung

A. Aktuelle Termine

1. 2. Fachtagung „Wasserwirtschaft im Rheinischen Braunkohlenrevier“

Die RWE Power AG hat angekündigt, am 31.08.2015 ihre 2. Fachtagung durchzuführen und qualifizierte Referenten für die Veranstaltung gewonnen. In diesem Jahr sollen die Themenschwerpunkte „Grundwasserwiederanstieg“ und „Tagebaukippen und Grundwasser“ im Mittelpunkt stehen.

B. Betriebsplanungen

. / .

C. Sonstiges

1. Eckpunktpapier des Bundeswirtschaftsministerium

Zur Energieklausur der Koalitionsfraktionen am 21.03.2015 hat das Bundeswirtschaftsministerium ein Eckpunktpapier Strommarkt vorgelegt. Dieses sieht die Einführung einer Abgabe für Kraftwerke vor, die schon länger als 20 Jahre im Betrieb sind. Hierdurch sollen die Klimaschutzziele der Bundesregierung erreicht werden. Dies hat im Rheinischen Braunkohlenrevier zu großer Unruhe geführt. Dem Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft sind als Anlage beigefügt:

- Pressemitteilungen des DEBRIV, Bundesverband Braunkohle
- Pressemitteilung des Landkreistages,
- Schreiben der IHK Mittlerer Niederrhein zur Resolution des Rhein-Kreises Neuss,
- Schreiben der RWE Power AG zur Initiative der Landräte im rheinischen Revier
- Schriftverkehr zwischen Bundeswirtschaftsminister Gabriel und den Betriebsräten von EnBW, E.ON, RWE und Wattenfall

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft März/April 2015 zur Kenntnis.

Anlagen

Anlage - Antwortschreiben Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Anlage - Pressemitteilungen DEBRIV -
Anlage - Pressemitteilung Landkreistag -
Anlage - Schreiben IHK Mittlerer Niederrhein
Anlage - Schreiben RWE Power AG
SchriftverkehrMinisterBetriebsräte

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

1) 13
2) KT

Ö 3

Herrn
Hans-Jürgen Petrauschke
Der Landrat
Rhein-Kreis Neuss
Lindenstraße 2
41515 Grevenbroich

Rainer Baake
Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 6870
FAX +49 30 18615 5144
E-MAIL buero-st-b@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 16. März 2015
17.20.3.

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18. Februar 2015 an Herrn Bundesminister Gabriel, mit dem Sie um schnellstmögliche Klärung bezüglich des Standortes für den Konverter im Umfeld des Netzverknüpfungspunktes Osterath im Landkreis Rhein-Kreis Neuss bitten.

Der zügige Netzausbau ist ein wesentlicher Baustein für den Erfolg der Energiewende und daher in unserem gemeinsamen Interesse. Insofern ist es nur richtig, wenn Sie sich im Rahmen der einschlägigen Verfahren vor Ort für eine zeitnahe Realisierung der vordringlichen Netzausbauvorhaben einsetzen.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir auf folgendes hinzuweisen:

Im Interesse frühzeitiger Öffentlichkeitsbeteiligung begrüßt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dass Amprion die Auswahl des Konverterstandorts bereits vor Beginn des formellen Genehmigungsverfahrens anhand eines abgestuften Kriterienkatalogs transparent und ergebnisoffen vornimmt, auch unter Berücksichtigung der Daten und Informationen aus den Kommunen. Auf Grund der gesetzlichen Vorgaben entscheiden dann die zuständigen Gremien und Behörden in eigener Verantwortung. Die von Ihnen angefragte aktive Einflussnahme auf die Entscheidung sowie auf die zuständigen Gremien und Behörden kann deshalb durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie nicht erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

7/66

Braunkohle Informationen

Postfach 40 02 52
50832 Köln
Telefon 0 22 34/18 64-0
Fax 0 22 34/18 64 18
http://www.braunkohle.de

03

PRESSEMITTEILUNG 02/2015

Bundesregierung will Braunkohle aus dem Strommarkt drängen

„Klimabeitrag" als Deckmantel – Versorgungssicherheit leichtfertig auf Spiel gesetzt

Köln (20.03.2015) – Die deutsche Braunkohlenindustrie weist die vom Bundeswirtschafts- und Energieminister vorgelegten Vorschläge zur Belastung der Braunkohlengewinnung und -stromerzeugung scharf zurück. Der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende Matthias Hartung erklärte in einer ersten Reaktion: „Die Bundesregierung stellt den Versorgungsbeitrag des einzigen heimischen Energieträgers in Frage, der im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig ist und den Industriestandort Deutschland maßgeblich sichert."

Durch die vordergründig klimapolitisch begründete Auflage, zusätzlich zu den Zertifikaten des europäischen Emissionshandels weitere Emissionsberechtigungen im Wert von bis zu 20 Euro zu erwerben, würde sich nach Berechnungen des DEBRIV die Braunkohlenstromerzeugung in den betroffenen Anlagen drastisch verteuern. Dies würde unmittelbar mehr als die Hälfte des bestehenden Kraftwerksparks von insgesamt gut 20.000 MW in die Unwirtschaftlichkeit treiben.

Da Tagebaue und Kraftwerke in einem abgestimmten Verbundbetrieb arbeiten, würde sich gleichzeitig die Bereitstellung der Braunkohle für die verbleibenden Anlagen erheblich verteuern und damit eine Spirale der ökonomischen Auszehrung in Gang gesetzt.

Die negativen Folgen einer massiven Verringerung der Braunkohlennutzung für die Versorgungssicherheit sind angesichts steigender geostrategischer Risiken und des noch nicht bewältigten nationalen Kernenergieausstiegs unkalkulierbar. Die regionalen Auswirkungen sind potenziell katastrophal. Insgesamt betroffen wären mehr als 70.000 inländische Arbeitsplätze in eher monostrukturierten Regionen. Außerdem würde die für den Industriestandort Deutschland existenzielle Bereitstellung von preis- und versorgungssicherem Grundlaststrom innerhalb weniger Jahre aufgegeben.

Eine erste rechtliche Einschätzung des Vorschlags ist Anlass für größte Bedenken, dass die vorgeschlagenen Eingriffe rechtsstaatskonform sind.

Die Braunkohlenindustrie fordert die Rücknahme der Vorschläge und eine Sachdiskussion, wie das energiepolitische Zieledreieck einer sicheren, wirtschaftlichen und umweltgerechten Stromversorgung sowie Rechts- und Planungssicherheit für Unternehmen und die betroffenen Menschen weiter gewährleistet werden sollen.

DEBRIV
Bundesverband Braunkohle

99/6

Braunkohle Informationen

Ö 3

Postfach 40 02 52
50832 Köln
Telefon 0 22 34/18 64-0
Fax 0 22 34/18 64 18
http://www.braunkohle.de

PRESSEMITTEILUNG 03/2015

Bevölkerungsmehrheit akzeptiert Braunkohle als Brückentechnologie

Erhebliche Wissens- und Informationsdefizite/Energierohstoff-Zentrum befragt Bundesbürger

Köln (09.04.2015) – Knapp 60 Prozent der Deutschen akzeptieren Kohlenkraftwerke als Brückentechnologie zur Gewährleistung einer preis- und versorgungssicheren Energieversorgung. Mehr als 40 Prozent sind der Ansicht, dass Kohlenkraftwerke auch auf längere Sicht für die Stromversorgung in Deutschland unverzichtbar sind. Diese hohe Zustimmung der Bevölkerung ermittelte das Meinungsforschungsinstitut EMNID im Auftrag des Deutschen Energierohstoff-Zentrums Ende 2014 und bestätigte damit ähnliche Werte aus dem Jahre 2013. Die repräsentative Umfrage ist Teil eines fünfjährigen Forschungsvorhabens des Bundesministeriums für Forschung und Bildung zu den Perspektiven der Kohlennutzung in Deutschland.

Die an der Technischen Universität Bergakademie Freiberg durchgeführte Auswertung der Umfrage ergab außerdem, dass eine Mehrheit der Bevölkerung weiterhin unzureichend über die Anteile der Energien am Strommix informiert ist. Während die realen und aktuellen Anteile der Kohle am Strommix „eklatant unterschätzt“ werden, werden die Beiträge der Kernenergie sowie die von Öl und Gas deutlich überschätzt. Lediglich der Beitrag der erneuerbaren Energien wird einigermaßen wirklichkeitsgerecht eingeschätzt, heißt es. Die gravierenden Wissensdefizite begünstigen Fehleinschätzungen sowohl hinsichtlich der individuellen wie der gesamtgesellschaftlichen Meinungsbildung. Dies gelte auch „im Hinblick auf die Substituierbarkeit von Braun- und Steinkohle“, meint Prof. Michael Nippa von der Freiberger Hochschule. Der Anteil der Kohle am deutschen Strommix werde durch die Deutschen weiterhin stark unterschätzt. Ein Großteil scheint sich der derzeitigen Bedeutung der Kohle für die Energieversorgung nicht bewusst zu sein, stellten die Forscher fest.

Insgesamt, so ein weiteres Ergebnis der Untersuchung, wird das Interesse der Deutschen an Energiefragen überschätzt. Nur 18 Prozent der rund 1 000 Befragten äußerten sich sehr und weitere 35 Prozent als interessiert an Fragen zur Energieversorgung. Sehr verbreitet (53 Prozent) ist die Ansicht, dass die Industrie für die Wohlstandssicherung unverzichtbar ist und fast drei Viertel der Befragten halten den heimischen Bergbau für sinnvoll und erhaltenswert.

Hinweis für die Redaktionen: Die Studie ist abrufbar unter: http://www.braunkohle.de/185-0-Studie-Perspektiven-der-Kohlenutzung-in-Deutschland-2014.html

LANDKREISTAG NordRhein-Westfalen

PRESSEERKLÄRUNG

Gegen geplante Energieabgabe von Sigmar Gabriel:

Landräte kritisieren Angriff auf die heimische Energiewirtschaft

Düsseldorf, 27. März 2015 - Als „Angriff auf die Energiewirtschaft und die gesamte heimische Wirtschaft" bezeichnen die sechs Landräte der energieerzeugenden Kreise Städteregion Aachen, Kreis Düren, Kreis Heinsberg, Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Kreis Neuss und Kreis Viersen den aktuellen Plan von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, eine neue Energieabgabe einzuführen. Städteregionsrat Helmut Etschenberg (Städteregion Aachen), Landrat Wolfgang Spelthahn (Kreis Düren), Landrat Stephan Pusch (Kreis Heinsberg), Landrat Michael Kreuzberg (Rhein-Erft-Kreis), Landrat Hans-Jürgen Petrauschke (Rhein-Kreis Neuss) und Landrat Peter Ottmann (Kreis Viersen) beurteilen die Einführung einer neuen Abgabe als einseitige Benachteiligung der Braunkohle und kritisieren, dass andere Möglichkeiten zur CO2-Einsparung nicht ernsthaft geprüft werden.

Bei dem sogenannten nationalen Klimabeitrag handele es sich in Wirklichkeit um ein nationales Kohle-Abschaltprogramm, das Tausende Arbeitsplätze und die Sicherheit der Energieversorgung gefährde, so die Landräte. Die Energiewirtschaft und die energieintensiven Unternehmen brauchten vielmehr dringend Planungssicherheit über das Jahr 2030 hinaus. Die Landräte unterstreichen: „Wir plädieren für eine sichere, ausgewogene und bezahlbare Energieversorgung, die Braunkohle als Brückentechnologie einschließt. Neben dem Klimaschutz muss die Versorgungssicherheit gewährleistet sein. Dies ist allein mit erneuerbaren Energien nicht zu schaffen."

Herausgeber: Landkreistag Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestraße 8, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211.300491-0, Fax: 0211.300491-660
V.i.S.d.P.: Hauptgeschäftsführer Dr. Martin Klein

Der Landkreistag Nordrhein-Westfalen (LKT NRW) ist der kommunale Spitzenverband der 30 Kreise des Landes NRW und der Städteregion Aachen mit etwa 10,5 von landesweit insgesamt 17,5 Millionen Einwohnern.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an

- *Städteregion Aachen: Pressesprecher Detlef Funken*
  0241 / 5198-2131; E-Mail: detlef.funken@staedteregion-aachen.de
- *Kreis Düren: Pressesprecher Josef Kreutzer*
  02421/22-2389; E-Mail: j.kreutzer@kreis-dueren.de
- *Kreis Heinsberg: Ulrich Hollwitz*
  02452/13-1105; E-Mail: ulrich.hollwitz@kreis-heinsberg.de
- *Rhein-Erft-Kreis: Pressesprecher Patrik Klameth*
  02271/83-1300; E-Mail: patrik.klameth@rhein-erft-kreis.de
- *Rhein-Kreis Neuss: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*
  02131/9281300; presse@rhein-kreis-neuss.de
- *Kreis Viersen: Pressesprecher Axel Küppers*
  02162/391024; pressestelle@kreis-viersen.de
- *Landkreistag NRW: Pressesprecherin Kirsten Rüenbrink*
  0211.300491-120; E-Mail: k.rueenbrink@lkt-nrw.de.

Ö 3

IHK Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein

Dr. Dieter Porschen
Hauptgeschäftsführer

IHK Mittlerer Niederrhein | Postfach 101062 | 47710 Krefeld

Herrn
Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstr. 2
41515 Grevenbroich

Ihre Nachricht vom

Ihr Ansprechpartner
Dr. Dieter Porschen
E-Mail
porschen@krefeld.ihk.de
Telefon
(02151) 635-301
Telefax
(02151) 635-330
Datum
31. März 2015

Resolution des Kreistages zur Wirtschaft im Rhein-Kreis Neuss vom 25.03.2015

Wi. 1/4.

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

der Kreistag hat am 25.03.2015 eine Resolution zur Wirtschaft im Rhein-Kreis Neuss beschlossen. Die IHK Mittlerer Niederrhein nimmt den Beschluss zustimmend zur Kenntnis und möchte ihre Unterstützung für die vom Kreistag formulierte Kritik am energiepolitischen Kurs der Bundes- und Landesregierung aussprechen.

Die von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel vorgelegten Maßnahmen belasten einseitig vor allem Nordrhein-Westfalen und das Rheinland. Würden die Kraftwerksbetreiber gezwungen, entweder zusätzliche CO2-Zertifikate zu erwerben oder ihren Betrieb zu drosseln, müssten viele Anlagen – insbesondere Braunkohleblöcke – stillgelegt werden. Auch die stromintensive Industrie ist von den Plänen des Wirtschaftsministeriums betroffen. Die drohende Abschaltung vieler Braunkohleblöcke würde einen Strompreisanstieg nach sich ziehen. Zudem bliebe die Stilllegung nicht ohne Folgen für die Versorgungssicherheit. So würde mittelfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gefährdet, ohne dass der Vorschlag dem Klima nützt. Die Folgen wären eine schleichende Deindustrialisierung und der Verlust von Arbeitsplätzen – auch und insbesondere am Mittleren Niederrhein.

Unsere Kritik haben wir in einem Brief an den Bundeswirtschaftsminister formuliert, den ich diesem Schreiben gerne beifüge.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage

Dr. Dieter Porschen

Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

IHK Mittlerer Niederrhein | Postfach 10 10 62 | 47710 Krefeld

Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Herrn Sigmar Gabriel
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Ihre Nachricht vom

Ihr Ansprechpartner
Dr. Dieter Porschen
E-Mail
porschen@krefeld.ihk.de
Telefon
02151 635-301
Telefax
02151 635-330
Datum
24. März 2015

Aktuelles Eckpunktepapier Strommarkt des BMWi

Sehr geehrte Herr Bundesminister Gabriel,

die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen gestaltet die Energiewende konstruktiv und aktiv mit. Sie setzt sich für eine wettbewerbsfähige, sichere und umweltfreundliche Energieversorgung ein. Sie haben nunmehr einen Regelungsvorschlag für einen CO_2-Sonderminderungsbeitrag des Stromsektors im Rahmen des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 vorgelegt, den wir ablehnen.

Die vorgelegten Maßnahmen belasten einseitig gerade Nordrhein-Westfalen und das Rheinland. Zudem gefährden sie die Versorgungssicherheit und haben letztendlich keinen klimaentlastenden Effekt. Deutschland hat einen Anteil von weniger als 2,5 Prozent an den weltweiten CO_2-Emissionen. Das zeigt, dass der Klimaschutz eine weltweite Herausforderung ist, für die adäquate Lösungen gefunden werden müssen. Insellösungen sind problematisch, da sie die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Standorte schwächen und gleichzeitig Treibhausgasemissionen ins Ausland verlagert werden können.

Im Rheinischen Revier sind rund 11.000 MW Kraftwerksleistung von Grevenbroich-Frimmersdorf bis Weisweiler auf Braunkohlebasis installiert. Ihr Betrieb ist aufgrund der derzeitigen Erlössituation – im Gegensatz zu Gas- oder vielen Steinkohlekraftwerken – gerade noch wirtschaftlich. Werden sie aufgrund der Neuregelungen gezwungen, entweder zusätzliche CO_2-Zertifikate zu erwerben oder ihren Betrieb zu drosseln, müssten sie stillgelegt werden.

Dies hätte nicht nur Folgen für die Unternehmen und rund 30.000 direkt und indirekt Beschäftigte in der Energiewirtschaft, sondern vor allem für die stromintensive Industrie in Nordrhein-Westfalen und im Rheinland. Weil Strom durch die geographischen Bedingungen und die Existenz natürlicher Lagerstätten hier immer sicher und preiswert verfügbar war, haben sich zahlreiche stromintensive Unternehmen in NRW angesiedelt. Deshalb hat NRW mit 30 Prozent heute den mit Abstand größten Anteil am deutschen Industriestromverbrauch und dies trägt dazu bei, dass im Jahr 2013 fast drei Mrd. Euro über die EEG-Umlage aus NRW in andere Bundesländer geflossen sind.

Die jetzt drohende Abschaltung vieler Braunkohleblöcke würde einen Strompreisanstieg nach sich ziehen, weil günstige Braunkohlekraftwerke immer seltener preissetzend wären. Zudem würde die Stilllegung nicht ohne Folgen für die Versorgungssicherheit bleiben. Beides stellt für ein Industrieland eine starke Verschlechterung der Standortbedingungen dar. Hierdurch wird mittelfristig die internationale Wettbewerbsfähigkeit vor allem der in NRW und entlang der Rheinschiene stark vertretenen stromintensiven Industrie gefährdet. Es droht eine schleichende Deindustrialisierung. Außerdem hätte der Regelungsvorschlag keine positiven Folgen für das Klima. Da ausländische Stromerzeuger einer solchen Regelung nicht unterliegen und ihnen durch eine Stilllegung deutscher Kraftwerkskapazitäten zusätzliche CO_2-Zertifikate zur Verfügung stehen, käme es lediglich zu einer Emissionsverlagerung ins Ausland.

Nordrhein-Westfalen trägt überproportional zur Sicherung der Energieversorgung und zur Finanzierung der Energiewende bei. Maßnahmen, die sich vor allem in unserem Bundesland negativ auswirken, lehnen wir ab. Wir bitten Sie, von dieser weiteren einseitigen Belastung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen abzusehen!

Wir haben uns erlaubt, dieses Schreiben unseren Abgeordneten und wichtigen Entscheidungsträgern der Region zu übersenden.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Schmidt
Präsident

Dr. Dieter Porschen
Hauptgeschäftsführer

Ö 3

RWE

Herrn
Landrat Hans-Jürgen Petrauschke
Rhein-Kreis-Neuss
Oberstraße 91
41460 Neuss

Bergbauplanung

Ihre Zeichen
Ihre Nachricht
Unsere Zeichen Ey/AZ
Name Eyll-Vetter, Michael
Telefon +49-221480-20111
Telefax +49-221480-8823111
E-Mail michael.eyll-vetter @rwe.com

Köln, 30. März 2015

Klimabeitrag

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

für Ihre Initiative, gemeinsam mit den fünf anderen Landräten deutlich Stellung zu beziehen zu dem vom Bundeswirtschaftsministerium geplanten nationalen Klimabeitrag, der insbesondere die Braunkohlekraftwerke treffen würde, danken wir Ihnen. Wir begrüßen es sehr, dass Sie sich so eindeutig für Planungssicherheit für die weitere Nutzung der Braunkohle und die auf Versorgungssicherheit und preisgünstige Energie angewiesenen stromintensiven Unternehmen aussprechen. Eine Realisierung der vom Bundeswirtschaftsministerium vorgesehenen Abgabe würde in den Tagebauen, Kraftwerken und Veredlungsbetrieben tausende hochwertige Arbeitsplätze kosten. Der Fortbestand des Rheinischen Reviers wäre in Gänze gefährdet.

Über die Innovationsregion Rheinisches Revier wollen wir gemeinsam mit Ihnen und zahlreichen anderen Vertretern der Region die Zukunft des Reviers mit der Braunkohle gestalten und Strukturbrüche vermeiden. Ihre klaren Worte werden hoffentlich Gehör finden und mit dazu beitragen, dass die Pläne grundlegend überarbeitet werden, so dass die Basis für die IRR erhalten bleibt.

Ein gleichlautendes Schreiben haben wir an Herrn Städteregionsrat Helmut Etschenberg sowie an die Herren Landräte Wolfgang Spelthahn, Stephan Pusch, Michael Kreuzberg und Peter Ottmann gesandt.

Mit freundlichen Grüßen und GLÜCKAUF

RWE Power
Aktiengesellschaft
ppa. (Dr. Lars Kulik)

i.V. (Michael Eyll-Vetter)

RWE Power Aktiengesellschaft
Stüttgenweg 2
50935 Köln
T +49 221 480-0
F +49 221 480-1351
I www.rwe.com

Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Dr. Rolf Martin Schmitz

Vorstand:
Matthias Hartung (Vorsitzender)
Dr. Ulrich Hartmann
Dr. Frank Weigand
Erwin Winkel

Sitz der Gesellschaft:
Essen und Köln
Eingetragen beim Amtsgericht Essen
HR B 17420
Eingetragen beim Amtsgericht Köln
HR B 117

Bankverbindung:
Commerzbank Köln
BIC COBADEFF370
IBAN: DE72 3704 0044 0500 1490 00
Gläubiger-IdNr.
DE37ZZZ00000130738

USt-IdNr. DE 8112 23 345
St-Nr. 112/5717/1032

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

An
Betriebsräte sowie Konzern- und
Gesamtbetriebsräte der Energiewirtschaft
mit der Bitte, das Schreiben über ihre Verteiler
weiterzuleiten

Sigmar Gabriel MdB
Bundesminister

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34 - 37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 (0)3018 615-76 00 od. (0)30 2014-76 00
FAX +49 (0)3018 615-70 30 od. (0)30 2014-70 30
E-MAIL info@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 31. März 2015

:O 3

21/66

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in diesen Tagen wird viel über die Zukunft der Kohleverstromung und insbesondere der Braunkohle gesprochen. Für die einen gehen der Ausbau der erneuerbaren Energie und der Klimaschutz nicht schnell genug, für die anderen bringt diese Entwicklung die Sorge um ihre Arbeitsplätze und die Zukunft ihrer Familien und ihrer Heimatregionen.

Und tatsächlich: Klimaschutz und der Ausbau der erneuerbaren Energien bedeuten gleichzeitig einen Strukturwandel in den traditionellen Energieerzeugungsarten aus Gas, Steinkohle und Braunkohle, der bereits heute nicht einfach zu bewältigen ist. Moderne Kraftwerke stehen still oder sind von Stilllegung bedroht, weil die Betriebsstunden, in denen sie gebraucht werden, für die Wirtschaftlichkeit nicht mehr reichen. Gleichzeitig verdienen die Unternehmen der Braunkohleverstromung Geld, weil sie preiswert und sicher Strom produzieren, der in wachsendem Maße ins Ausland verkauft wird. Deutschland ist zu einem großen Stromexporteur geworden, weil der in Deutschland produzierte Braunkohlestrom preiswert und versorgungssicher ist. Allerdings werden die C02 Emissionen nicht dort angerechnet, wo der Strom verbraucht wird, sondern im Land der Stromerzeugung.

Wie schaffen wir es nun, einerseits den Strukturwandel in der deutschen Energieproduktion so zu gestalten, dass die dabei entstehenden Lasten weder einseitig den Arbeitnehmern aufgebürdet werden noch die Strompreise so steigen, dass Unternehmen in Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig sind? Und wie erreichen wir gleichzeitig noch das ambitionierte Ziel einer Verringerung der Treibhausgasemissionen um 40 % im Jahr 2020 (gegenüber dem

Basisjahr 1990), zu dem sich die Unternehmen der Energiewirtschaft, die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften und auch die Politik seit Jahren bekennen? Die Quadratur des Kreises scheint dagegen eine leichtere Aufgabe zu sein.

Das Jahr 2015 wird dafür ein Jahr wichtiger Entscheidungen. Das ist auch richtig so, denn wir können die Beantwortung der offenen Fragen nicht noch länger aufschieben. Zu entscheiden haben wir, wie der künftige Strommarkt geregelt sein soll, welchen Markt erneuerbare Energien, Kohle- und Gaskraftwerke haben werden, wie wir den jüngeren und effizienteren Kraftwerken eine Perspektive geben, wie viele konventionelle Kapazitäten wir zukünftig als Reserve für unvorhersehbare Ausnahmesituationen brauchen, wie wir die Kraft-Wärme-Kopplung weiter fördern, wie wir unsere Klimaziele erreichen – aber nicht zuletzt auch: wie wir bei all diesen Aufgaben den Strompreis für große ebenso wie für kleine Verbraucher stabil halten.

Am 24. November 2014 habe ich deshalb die Unternehmen und Verbände der Strombranche getroffen, um über die Aufgabe des Klimaschutzes miteinander zu sprechen. Mein Ziel war es, gemeinsam mit den Unternehmen Lösungen zu erarbeiten. Dabei sollten die Unternehmen möglichst frei darin sein zu bestimmen, wie der noch offene Klimaschutzbeitrag der Strombranche bis 2020 erbracht werden kann. Leider haben sich die Unternehmen und Verbände damals einer solchen Diskussion verweigert und vom Staat verlangt, dafür Vorschläge vorzulegen.

22/66

Das haben wir getan. In diesen Tagen diskutieren wir die Umsetzung unseres Zieles, den Treibhausgas-Ausstoß bis 2020 um 40% zu senken. Das Bundeskabinett hat dazu am 3. Dezember 2014 beschlossen:
(1) Den größten Beitrag – rund 30 bis 40 Millionen Tonnen CO2 – erwarten wir durch höhere Energieeffizienz und klimafreundliches Bauen.
(2) Bis zu 10 Millionen Tonnen soll der Verkehrssektor erbringen, 6 bis 10 Millionen Tonnen Handel, Gewerbe und Landwirtschaft.
(3) Die Stromerzeuger sollen zusätzlich 22 Millionen Tonnen beitragen.

Insgesamt emittierten im letzten Jahr die fossilen Kraftwerke 349 Millionen Tonnen C02. Wir erwarten, dass bis 2020 37 Millionen Tonnen CO2 durch den Ausbau der Erneuerbaren, durch Effizienz im Kraftwerksbereich und die ohnehin geplante Abschaltung von alten Kraftwerken

abgebaut werden. Eine zusätzliche Verringerung um 22 Millionen Tonnen auf dann 290 Millionen Tonnen CO2 bis 2020 ist alles andere als ein „Kohleausstieg".

Viele Beschäftigte machen sich trotzdem Sorgen. Es ist die begreifliche Sorge, dass uns der Klimaschutz teuer zu stehen kommt und dass er Arbeitsplätze gefährdet. Deshalb ist jetzt vor allem Sorgfalt und Augenmaß gefragt. Wir sollten jeden Schritt in Ruhe miteinander diskutieren. Ich weiß, dass wir als Politiker jetzt vor allem erstmal zuhören müssen, bevor wir entscheiden. Deshalb führe ich persönlich aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundeswirtschaftsministeriums in den kommenden Tagen und Wochen viele Gespräche – vor allem mit den betroffenen Unternehmen und den Vertretern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den Gewerkschaften IG BCE und ver.di.

Ich weiß sehr gut: Der geforderte Klimabeitrag trifft die Stromwirtschaft in einer Zeit, in der sie einen heftigen, für die Unternehmen und die Beschäftigten schmerzhaften Strukturwandel erlebt. Die Beschäftigten in der Lausitz und im rheinischen Revier haben schlicht Angst um ihre Arbeitsplätze. Die Bundesregierung ist sich dieser Lage sehr bewusst! Wir spielen Arbeit und Klimaschutz nicht gegeneinander aus. Jedes verantwortbare Klimaschutzinstrument muss den Strukturwandel ermöglichen und darf die Unternehmen nicht in den Ruin treiben.

23/66

Klar ist: wir wollen und können nicht parallel zum Ausstieg aus der Kernenergie zeitgleich auch noch aus der Kohleverstromung aussteigen. Wenn wir z.B. im Jahr 2025 40 bis 45 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugen wollen, dann müssen die restlichen 55 bis 60 Prozent aus fossilen Kraftwerkskapazitäten kommen. Sowohl die Steinkohle- als auch die Braunkohleverstromung hat also durchaus noch auf längere Sicht eine wichtige Bedeutung für die sichere und bezahlbare Versorgung mit Strom in Deutschland. Und damit auch der Tagebauabbau der Braunkohle!

Der von uns jetzt vorgelegte Vorschlag versucht deshalb eine wirtschaftlich und sozial verträgliche Lösung:

- Er soll die geringsten Auswirkungen auf den Börsenstrompreis haben.
- Er will den Energieversorgern Flexibilität einräumen, damit es nicht zu Stilllegungen kommt.
- Die Versorgungssicherheit wird nicht beeinträchtigt.

- Er will den Energieversorgern Flexibilität einräumen, damit es nicht zu Stilllegungen kommt.
- Die Versorgungssicherheit wird nicht beeinträchtigt.
- Der Vorschlag ist am besten mit dem europäischen Emissionshandel vereinbar.

Wie erreichen wir das? Indem wir Freibeträge für Emissionen vorschlagen, die vor allem neuere Kraftwerke komplett vom zusätzlichen Klimabeitrag freistellen. Kraftwerke, die älter sind als 20 Jahre, erhalten schrittweise geringere Freibeträge. Die neuen und effizienteren Kraftwerke sind somit gar nicht betroffen. Die älteren Kraftwerke müssen die Freibeträge nicht einhalten. In vielen Stunden des Jahres werden sie Strom auch mit Klimabeitrag verkaufen können. Sie werden ihre Betriebsstunden allerdings reduzieren. Dies wird vermutlich in den Zeiten erfolgen, in denen der Strompreis ohnehin niedrig ist und nur geringe Deckungsbeiträge erbringt. Dafür kann in Zeiten hoher Strompreise sogar mehr Strom produziert werden ohne die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerks zu gefährden.

Der Klimabeitrag ist in Form von Emissionszertifikaten zu erbringen. Diese werden anschließend von der Bundesregierung entwertet – es findet also keine Verlagerung von Emissionen ins Ausland statt! Mehr Klimaschutz in Deutschland führt nicht zu weniger Klimaschutz in den Nachbarländern.

24/66

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben einen Vorschlag vorgelegt, der rund 90% der konventionellen Stromerzeugung in Deutschland nicht belastet!

Wir sind offen für alle Verbesserungsvorschläge, mit denen das Klimaziel erreicht wird.

Ich nehme vor allem die Sorge in den Revieren ernst, dass es mit dem Klimabeitrag zu einem „Domino-Effekt“ bei der Braunkohle kommen könnte und auch beschäftigungsintensive Tagebaue stillgelegt werden müssen. Wir prüfen das jetzt intensiv in unseren Gesprächen mit den Unternehmen und den Gewerkschaften.

Ich weiß auch, dass insbesondere der Osten Deutschlands mit der Deindustrialisierung nach 1990 unfreiwillig nicht nur den größten Beitrag zur CO2-Reduzierung in Deutschland

erbracht hat, sondern dass die betroffenen Menschen vor allem eine soziale Katastrophe erlitten haben. Das wird nicht noch einmal passieren. Diesen politischen Fehler der 90er Jahre werden wir nicht wiederholen.

Wir wollen, dass effiziente konventionelle Erzeugung nicht aus dem Markt verdrängt wird. Deshalb werde ich mit der Novelle der Kraft-Wärme-Kopplung eine Bestandsförderung einführen, die für kommunale Versorger die Wirtschaftlichkeit ihrer Anlagen erhält. Damit sichern wir vor allem die Stadtwerke! Zugleich will ich, dass wir eine vergütete Kapazitätsreserve schaffen, in die Kraftwerke gehen können, die nicht mehr am Markt teilnehmen und nur im Notfall hochgefahren werden.

Ich bin mit der Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, den Ministerpräsidenten der Länder Brandenburg und Sachsen und mit den Vorsitzenden der beiden Energiegewerkschaften IGBCE und verdi völlig einig, dass es nicht um einen Braunkohleausstieg gehen darf. Und wir sind uns ebenso einig, dass die Lasten des Strukturwandels, der mit der Energiewende einhergeht, nicht einseitig auf den Schultern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abgeladen werden darf.

25/66

Deshalb darf ein zusätzlicher Klimaschutzbeitrag der konventionellen Energieerzeugung weder zu Strukturbrüchen noch zur Schließung von Braunkohletagebauen führen. Strukturwandel braucht Zeit und die werden wir schon deshalb haben, weil auch die Braunkohle in den kommenden Jahren für Versorgungssicherheit und Preisstabilität gebraucht wird.

Die Debatte hat mit unseren Vorschlägen begonnen. Jetzt werden wir die Sachfragen klären. Dafür stehe ich zur Verfügung. In den kommenden Wochen werden eine ganze Reihe von Gesprächen mit Experten aus der Energiewirtschaft, der Wissenschaft, aus unserem Ministerium und aus den Ländern sowie aus den Bundestagsfraktionen stattfinden, bevor sich die Bundesregierung auf ein Modell verständigt. Wir brauchen und wollen einen umfassenden Dialog. Und zu diesem Dialog möchte ich Sie herzlich einladen!
Sie erreichen uns unter dieser Anschrift: Ministerbuero@bmwi.bund.de

Mit freundlichen Grüßen

EnBW e·on VORWEG GEHEN VATTENFALL

Dietrich Herd
EnBW AG
Rheinschanzinsel
76661 Philippsburg

Eberhard Schomburg
E.ON SE
E.ON-Platz 1
40479 Düsseldorf

Arno Hahn
RWE Vertrieb AG
Wolfsheimer Str. 1
55543 Bad Kreuznach

Rainer Kruppa
Vattenfall GmbH
Chausseestr. 23
10115 Berlin

Herrn
Sigmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

2. April 2015

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 31. März 2015, mit dem Sie in den Dialog mit uns Betriebsräten der Energieversorger in Deutschland treten. Mit diesem Brief möchten wir Ihr Dialogangebot nutzen, denn bisher hatten Sie persönlich in dieser Sache nicht mit uns gesprochen.

Wir Betriebsräte und unsere Gewerkschaften unterstützen die Energiewende und den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland. Auch wir wollen eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Energieversorgung für uns und unser Land. Dabei ist uns klar, dass der dafür nötige tiefgreifende Umbau der Energielandschaft unsere Unternehmen vor enorme Herausforderungen stellen muss. Wir erleben das jeden Tag – am Arbeitsplatz bei uns selbst und bei unseren Kollegen.

Unsere Unternehmen haben die Herausforderung „Energiewende“ als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angenommen und arbeiten seit Jahren hart daran, diese zu meistern. Wir Betriebsräte haben Kostensenkungsprogrammen und Umstrukturierungen zugestimmt und unterstützen diese im Sinne unseres gemeinsamen Ziels: die Wirtschaftlichkeit unserer Kraftwerke zu erhalten und zu verbessern und damit Arbeitsplätze für tausende Kolleginnen und Kollegen zu sichern.

Die Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels verlangen unseren Kolleginnen und Kollegen bereits jetzt enorm viel ab. Die veränderten Marktbedingungen und Einsatzzeiten unserer Kraftwerke, die mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien einhergehen, bedeuten für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort ein hohes Maß an Veränderungsbereitschaft – unabhängig von ihrer Position, ihrer Ausbildung oder ihrem Alters.

26/66

Sie schreiben, Sie möchten den Strukturwandel ermöglichen. Wir können mit Sicherheit sagen: Wir stecken bereits mitten drin! Sie wissen selbst, dass viele Kraftwerke bereits stillgelegt oder zur Stilllegung angemeldet worden sind – ohne größeres Aufhebens und mit einem hohen Maß an Verständnis und Mitarbeit in der Belegschaft. Aber unsere Aufgabe war, ist und bleibt, dass der Strukturwandel weiterhin so sozialverträglich wie möglich vonstatten geht. Wir sind von den Kolleginnen und Kollegen als deren Interessensvertreter gewählt und wir haben die Pflicht, für unsere Kolleginnen und Kollegen und deren Arbeitsplätze zu kämpfen!

Ihre Pläne für ein nationales Klimaschutzinstrument, von denen wir aus den Medien erfahren haben, ermöglichen gerade keinen sozialverträglichen Strukturwandel mehr. Hier geht es nicht um eine schrittweise Veränderung – die wir alle bereits seit Jahren mitgestalten –, sondern hier geht es um Strukturbrüche. Sie sagen, Sie wollen genau diese Brüche vermeiden. Wir müssen dazu sagen: Das passt nicht zu den in Ihrem Papier dargelegten Maßnahmen!

Sehr geehrter Herr Bundesminister, wir haben das Gefühl, dass hinter diesem Konzept weit mehr steckt, als Sie oder Ihr Ministerium gegenwärtig behaupten. Warum glauben wir das? Bei einer Umsetzung des nationalen Klimaschutzinstruments müssten viele weitere Kraftwerke sofort stillgelegt werden, denn Strafabgaben oder die deutliche Reduzierung der Benutzungsstunden überleben diese Anlagen wirtschaftlich einfach nicht.

27/66

Doch damit nicht genug: Die den Kraftwerken vorgelagerten Betriebe, wie etwa Tagebaue, wären so stark eingeschränkt, dass auch hier ein wirtschaftlicher Betrieb nicht mehr möglich wäre. Sofortige Schließungen wären die Folge.

Diesen Prozessen nachgelagert sind Einzelhandel, Dienstleistungen und Zulieferunternehmen in den betroffenen Regionen, die dadurch ebenfalls betroffen wären. Und nicht zuletzt wären auch die Beschäftigten in der stromintensiven Industrie massiv tangiert, für die die höheren Strompreise eine Abwanderung ihrer Unternehmen ins Ausland bedeuten.

Das ist alles andere als eine „win-win-Situation“, wie es auf Neudeutsch heißt! In Deutschland gibt es dabei nur Verlierer und diese Verlierer sind insbesondere unsere Kolleginnen und Kollegen! Zudem ist mehr als zweifelhaft, ob angesichts des europäischen Emissionshandels mit Ihrem nationalen Alleingang tatsächlich etwas für den Klimaschutz gewonnen würde, so wie behauptet.

Sie schreiben, Sie hätten bereits im November letzten Jahres eine gemeinsame Lösung mit den Unternehmen und Verbänden erarbeiten wollen. Seit vielen Monaten spricht sich unsere Branche eindeutig für ein Marktdesign aus, das eine sichere und bezahlbare Energieversorgung in Deutschland möglich macht. Sie möchten diesem Vorschlag – wie wir hören – nicht folgen. Aber auch die von Ihnen bevorzugte Wiederbelebung des Energy-Only-Marktes löst die Probleme nicht, weder kurz- noch längerfristig. Mit diesem Vorgehen wird das

Strukturproblem mangelnder Wirtschaftlichkeit von Kraftwerken nicht behoben. Fraglich ist darüber hinaus, ob rein politische Bekenntnisse zur Erlaubnis von hohen Preisspitzen ausreichen, das Vertrauen in den Markt wiederherzustellen und das Investorendilemma zu beseitigen. Um Kollateralschäden zu vermeiden, bedarf es jetzt vor allem kurzfristig einer Reform der Regelungen für jene Kraftwerke, deren Stilllegung aus Gründen der Versorgungssicherheit untersagt wird und die dem politischen Vernehmen nach für die Energiewende auch künftig dringend gebraucht werden.

In Sachen Klimaschutz ist die Branche schon immer gesprächsbereit gewesen und hat deutlich gemacht, dass wir die Initiativen zur Stärkung des europäischen Emissionshandels unterstützen.

Wenn es Ihnen, wie Sie sagen, darum geht, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, dann kann eine solche Zusammenarbeit aber nicht darin bestehen, dass die Vorschläge und Vorstellungen Ihres Ministeriums von unserer Branche klaglos akzeptiert und hingenommen werden. Das wurde auch bei dem von Ihnen erwähnten Gespräch über Marktdesign, Versorgungssicherheit und Klimaschutz deutlich. Betriebsräte, Gewerkschaften und Unternehmen lassen sich an dieser Stelle nicht auseinanderdividieren. Sie werden verstehen, dass die Unterstützung der Energiewende durch uns Arbeitnehmervertreter dort endet, wo sie einseitig auf dem Rücken unserer Kolleginnen und Kollegen ausgetragen wird! Dass wir Ihr nationales Klimaschutzinstrument, das einseitig nur unsere Unternehmen und Arbeitsplätze trifft, im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen ablehnen müssen, ist klar! Die Ängste und Sorgen der Belegschaft sind groß. Wir haben nicht umsonst zu Demonstrationen aufgerufen und wir werden auch weiter mit Nachdruck darum kämpfen, dass solche Vorschläge vom Tisch kommen. Erst dann ist die Möglichkeit gegeben, gemeinsam und konstruktiv Lösungen zu suchen.

28/66

Sehr geehrter Herr Bundesminister, den Medien haben wir entnommen, dass Sie offen für die Diskussion auch anderer Modelle zur Erreichung der Klimaschutzziele sind. Das finden wir gut und sind gespannt auf die weiteren Diskussionen, die Sie ja auch mit unseren Gewerkschaften führen wollen. Dieser Dialog ist wichtig und dafür stehen wir als Betriebsräte ebenso wie die Gewerkschaften jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dietrich Herd
Vorsitzender Konzernbetriebsrat
EnBW

Eberhard Schomburg
Vorsitzender Konzernbetriebsrat
E.ON

Arno Hahn
Vorsitzender Konzernbetriebsrat
RWE

Rainer Kruppa
Vorsitzender Konzernbetriebsrat
VATTENFALL

Ö 4

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 26.03.2015

61 - Amt für Entwicklungs- und Landschaftsplanung

Sitzungsvorlage-Nr. 61/0572/XVI/2015

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.04.2015	öffentlich

Tagesordnungspunkt:
Bericht zur Regionalarbeit
Berichtszeitraum März/April 2015

Sachverhalt:

1. **Regionalrat**

Am 26.03.2015 fand die Sitzung des Regionalrates statt.
Zu seiner Vorbereitung tagten am 11.03.2015 der Strukturausschuss, am 12.03.2015 der Verkehrsausschuss und am 18.03.2015 der Planungsausschuss.

Folgende Tagesordnungspunkte waren von besonderer Bedeutung:

- **Zielabweichungsverfahren JHQ Mönchengladbach**

  Das Land NRW beabsichtigt auf einem 10 ha großen Teilbereich des ehemaligen Joint Headquaters (JHQ) in Mönchengladbach-Rheindahlen die Bestandsgebäude als Einrichtung für die Aufnahme und Unterbringung von bis zu 1.000 Asylbewerbern und Flüchtlingen zu nutzen.

  Zur Schaffung der raumordnerischen Voraussetzungen wurde am 03.02.2015 ein Antrag auf Zielabweichung gem. § 16 LPlG gestellt. Für die planungsrechtliche Zulässigkeit der Flüchtlingsunterkunft soll von Ziel 3 in Kapitel 1.2 Allgemeiner Siedlungsbereich des Regionalplans GEP 99 (ASB mit Zweckbindung „Verteidigungsanlagen“) abgewichen werden.

  Der Regionalrat hat sein Einvernehmen zur Zielabweichung erklärt.

- **Information über den Stand der Wasserrahmenrichtlinie**

  Die Bezirksregierung berichtete über den aktuellen Stand zur Wasserrahmenrichtlinie. Von Anfang Februar bis Ende September 2014 fanden 60 Veranstaltungen statt, um die wasserwirtschaftlichen Akteure in

den Prozess der Erarbeitung eines Maßnahmenprogramms für den Bewirtschaftungszeitraum 2016 bis 2012 einzubinden. Der Entwurf des Maßnahmenprogramms enthält mehr als 3.000 Programmmaßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität und wurde am 26.09.2014 dem MKULNV übermittelt. Die Öffentlichkeitsbeteiligung findet von Januar bis Juli 2015 statt.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

- **Förderprogramm 2015 nach den Förderrichtlinien kommunaler Straßenbau**

Die Jahresförderprogramme der Länder zum kommunalen Straßenbau werden in NRW seit 2012 ausschließlich aus Finanzhilfen des Bundes gespeist. Von den bis 2019 verfügbaren Mitteln in Höhe von jährlich ca. 130 Mio. € ist ein Großteil bereits haushaltsrechtlich als Verpflichtungsermächtigung gebunden. Landesweit stehen 60 Mio. € für Neubewilligungen zur Verfügung. Zur Aufnahme in das Jahresförderprogramm (JFP) 2015 gelten folgende Kriterien:

  - Erhaltungsmaßnahmen, d. h. grundhafte Erneuerung sowie – im Einzelfall – unaufschiebbare Brückensanierungen
  - Pflichtige Eisenbahnkreuzungsmaßnahme
  - Gemeinschaftsmaßnahme mit dem Landesbetrieb Straßenbau
  - Ausbaumaßnahmen mit dem Schwerpunkt Sanierung und/oder Verkehrssicherheit

Aus dem Rhein-Kreis Neuss ist folgende Maßnahme in der Vorschlagsliste für das regionale Votum zum Förderprogramm kommunaler Straßenbau 2015 enthalten:

Antragsteller	Maßnahmen	Ges-Kosten €	Zu-wendung €
Stadt Korschenbroich	Ausbau einer Kreisverkehrsanlage Einmündungsbereich Holzkamp/Püllenweg in der Ortslage Kleinenbroich	1.255.000	753.000

Der Regionalrat hat das Förderprogramm 2015 einstimmig beschlossen.

- **Förderprogramm 2015 nach den Förderrichtlinien Nahmobilität**

Aus diesem Förderprogramm des Landes NRW werden Maßnahmen der Gemeinden, Städte und Kreise zur Verbesserung der Nahmobilität finanziert (gespeist aus Landesmittel).

In der vorgelegten Liste zum Förderprogramm 2015 ist folgende Maßnahme aus dem Rhein-Kreis Neuss enthalten:

Antragsteller	Maßnahmen	Ges-Kosten €	Zu-wendung €
Stadt Neuss	Radwege- und Gehwegeanschluss „Am Kehlturm“	304.500	208.500

Der Regionalrat hat das Förderprogramm 2015 einstimmig beschlossen.

1.2 Neuer Regionalplan

Der Entwurf des Regionalplans Düsseldorf hat in der Zeit vom 31.10.2014 bis einschließlich 31.03.2015 bei der Kreisverwaltung des Rhein-Kreises Neuss öffentlich ausgelegen. Im Rahmen der Auslegung hatten Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit den Plan einzusehen und Anregungen oder Bedenken gegenüber der Bezirksregierung Düsseldorf vorzubringen. Nach Ablauf der Auslegungsfrist hat der Rhein-Kreis Neuss die Bezirksregierung Düsseldorf zwischenzeitlich über die ordnungsgemäße Durchführung der Auslegung unterrichtet.

2. Region Köln/Bonn e. V.

2.1 Vorstandssitzung

Die nächste Vorstandssitzung des Region Köln/Bonn e. V. ist für den 28.04.2015 vorgesehen.

2.2 Regionale Jahrestagung – Langer Tag der Region

Am 21.06.2015 findet die diesjährige regionale Jahrestagung – Langer Tag der Region im Erweiterungsbau des World Conference Center Bonn statt. Im Rahmen der diesjährigen Veranstaltung wird das Fachforum Klimawandel als regionaler Auftakt zur KlimaExpo.NRW durchgeführt. Ihre Teilnahme am Fachforum haben bereits Frau Christiana Figueres, Generalsekretärin de Sekretariats der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) und Angelika Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen zugesagt.

3. Metropolregion Rheinland
Arbeitsgruppe Verkehr der Initiative Metropolregion Rheinland

Am 25.03.2015 fand im Rathaus Düsseldorf eine Sitzung des Arbeitskreises Verkehr im Rahmen der Initiative Metropolregion Rheinland statt. Schwerpunkt der Sitzung war in Vorbereitung des geplanten Regiogipfels am 08.05.2015 die Abstimmung möglicher Inhalte einer verkehrspolitischen Resolution der Region an die Bundes- und Landesregierung:

- Sanierung der Verkehrsinfrastruktur,
- Ausbau der Verkehrsinfrastruktur,
- angemessene Mittelverteilung,
- ÖPNV-Tarife im Übergang der Verkehrsverbünde,
- Gemeinsames Beschaffungswesen im Verkehrsbereich,
- LKW Navigation.

Zum Thema LKW-Navigation wurde ergänzend über den Sachstand des Gemeinschaftsprojekts von Land, VRS, mobil im Rheinland und den IHKs „Effiziente und stadtverträgliche LKW-Navigation Region Rheinland“ berichtet.

4. Abfallwirtschaftsverein Region Rhein-Wupper e. V.

In seiner Sitzung am 25.03.2015 zog der Vorstand ein positives Resümee über die Mitgliederversammlung am 21.01.2015. Dabei wurde die bisher schon praktizierte Verfahrensweise bestätigt, in den Mitgliederversammlungen nicht nur über die geleistete und geplante Arbeit des Vereins zu berichten, sondern auch durch prominente Referenten über abfallwirtschaftliche Entwicklungen in der Europäischen Union, in Deutschland und NRW zu informieren. Ergänzend wird angestrebt, die Vertreter der Vereinsmitglieder über Newsletter noch stärker in die Vereinsaktivitäten einzubeziehen.

Der Vorstand konkretisierte auch die Schwerpunkte seiner Arbeit für das laufende Geschäftsjahr. Gemeinsame Positionierungen zu neuen abfallwirtschaftlichen Vorgaben (insbesondere Elektrogesetz, Gewerbeabfallverordnung, Mantelverordnung, Marktüberwachung im Abfallbereich, Wertstoffgesetz) sind ebenso vorgesehen wie Überlegungen und der Erfahrungsaustausch zu deren Vollzug.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit März/April 2015 zur Kenntnis.

Ö 5

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 07.04.2015

ZS 5 - Wirtschaftsförderung / Europa

Sitzungsvorlage-Nr. ZS5/0577/XVI/2015

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.04.2015	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa (Stand: April 2015)

Sachverhalt:

1. Arbeitsmarkt

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt hat sich im März 2015 fortgesetzt. So ist die Zahl der Arbeitslosen auf Ebene des Bundes, des Landes und des Rhein-Kreises Neuss ebenso zurückgegangen, wie die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II. Ein positives Signal für die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes ist zudem, dass die ohnehin hohe Zahl der bei der Agentur für Arbeit gemeldeten Stellen weiter gestiegen ist.

	Rhein-Kreis Neuss	Bund	NRW
Arbeitslose			
März 2015	14.591	2.931.505	759.200
Veränderung gegenüber Februar 2015	-165 -1,1%	-85.498 -2,9%	-8.431 -1,1%
Veränderung gegenüber März 2014	-830 -5,7%	-123.217 -4,2%	-27.006 -3,6%
Arbeitslosenquote			
März 2015	6,3%	6,8%	8,2%
Februar 2015	6,4%	6,9%	8,3%
März 2014	6,7%	6,5%	8,5%

Arbeitslose im Rechtskreis SGB II			
März 2015	9.712	1.976.434	555.345
Veränderung gegenüber Februar 2015	-12 -0,1%	-6.296 -0,3%	-2.386 -0,4%
Veränderung gegenüber März 2014	-477 -4,9%	-52.082 -2,6%	-11.941 -2,2%
Bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldete Arbeitsstellen			
März 2015	2.207	542.049	109.553
Veränderung gegenüber Februar 2015	75 3,4%	23.159 4,3%	5.264 4,8%
Veränderung gegenüber März 2014	119 5,4%	66.335 12,2%	14.782 13,5%

Weitere Details können Sie dem anhängenden Arbeitsmarktreport entnehmen.

Der Ausbildungsmarktbericht der Agentur für Arbeit Mönchengladbach zur Halbzeit des Ausbildungsjahres zeigt ebenfalls eine positive Tendenz. Bis März 2015 hat der gemeinsame Arbeitgeber-Service der Agentur für Arbeit Mönchengladbach und der Jobcenter Mönchengladbach und Rhein-Kreis Neuss 2.644 Berufsausbildungsstellen eingeworben, ein Plus im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 Prozent oder 60 Stellen (März 2013/2014: 2.584).
In der Stadt Mönchengladbach stieg die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen um 17 auf 1.150 (März 2013/2014: 1.133); im Rhein-Kreis Neuss stieg die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen um 43 auf 1.494 (März 2013/2014: 1.451*).*

Die Zahl der Bewerber und Bewerberinnen ist aufgrund des nun zurückliegenden doppelten Abiturjahrganges zurückgegangen und liegt wieder auf normalem Niveau. Über die Agentur für Arbeit Mönchengladbach suchten bis Ende März 2015 insgesamt 4.263 Bewerber und Bewerberinnen einen Ausbildungsplatz. Das sind 221 weniger als im Jahr zuvor (März 2013/2014: 4.484).
In der Stadt Mönchengladbach stieg die Zahl um 60 im Vergleich zum Vorjahr auf 1.659 (März 2013/2014; 1.599). Im Rhein-Kreis Neuss sind es bisher 2.604 Bewerberinnen und Bewerber, das sind 281 weniger als im Vorjahr (2013/2014: 2.885*).*

Die Werte liegen dabei im Bundes- und Landestrend.

2. Mittelstandsförderung

Wirtschaftsförderung unter Gewinnern des Auswahlverfahren für CSR-Kompetenzzentren

Die Kreis-Wirtschaftsförderung ist aus 25 Kandidaten, die sich landesweit um eines von fünf Kompetenzzentren für verantwortungsvolle Unternehmensführung in Nordrhein-Westfalen beworben hatten, als möglicher Projektträger ausgewählt und dem NRW-Wirtschaftsministerium zur Förderung vorgeschlagen worden.

Die Kreis-Wirtschaftsförderung wird die Förderung in Höhe von maximal 400.000 € beim Land NRW beantragen. Die Bewerbung wird dabei von zahlreichen institutionellen Partnern und Unternehmen in der Region unterstützt sowie in Kooperation mit der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf durchgeführt.

Am vom Rhein-Kreis Neuss vorgelegten Projekt hat die Jury die breite regionale Verankerung und die Einbindung zahlreicher Netzwerkpartner und Unterstützer gewürdigt. Positiv bewertet wurde das erklärte Ziel, die Region als nachhaltigen Wirtschaftsstandort zu etablieren und ein regionales Unternehmensnetzwerk zu CSR aufzubauen. Auch die Kooperation mit der Heinrich-Heine-Universität, die Trainingseinheiten entwickeln und das Projekt evaluieren will, wird das Projekt aus Sicht der Jury bereichern.

Aufgabe der Kompetenzzentren wird sein, den Mittelstand für die Chancen der verantwortungsvollen Unternehmensführung - in Fachkreisen Corporate Social Responsibility (CSR) genannt - zu sensibilisieren und praxisgerechte Kenntnisse zu vermitteln. Die Kompetenzzentren sollen Netzwerke in den Regionen aufbauen, den Erfahrungsaustausch unterstützen und Unternehmen zur Einführung von CSR-Konzepten ermutigen.

Bereits 2014 hatte die Kreiswirtschaftförderung ein lokales und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Bundes gefördertes CSR-Projekt abgeschlossen, an dem 23 Unternehmen teilgenommen haben.

3. Existenzgründung / Förderung von jungen Unternehmen

Bilanz 2014 des Startercenters der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH

Die Jahresbilanz 2014 des Startercenters der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mbH liegt der Einladung bei.

4. Fachkräftesicherung / Wirtschaft & Schule

zdi-Netzwerk Rhein-Kreis Neuss

Folgende Maßnahmen zur MINT- (Fachkräftenachwuchs)Förderung wurden in den vergangenen Wochen durch das der Wirtschaftsförderung angegliederte zdi-Netzwerk Rhein-Kreis Neuss umgesetzt:

Roberta-Kurse
Seit Februar lernen 30 Mädchen aus der 9. Klasse der Maximilian Kolbe Schule in zwei Kursreihen das Bauen und Konstruieren von Robotersystemen mit Lego Mindstorms Technik sowie das Programmieren dieser Modelle inklusive Aktoren und Sensoren.
Die wöchentlichen „Roberta-Kurse“ dienen den Schülerinnen 40 Stunden lang zur Orientierung für einen technisch orientierten Ausbildungsplatz z.B. in einem der IT-Berufe wie Fachinformatiker Systemintegration und Anwendungsentwicklung aber auch bei Berufsbildern wie dem Mechatroniker oder Systemelektroniker.

IT-Kurs „Das fliegende Klassenzimmer“ – Betriebssysteme
16 Schülerinnen und Schülern aus der 9. Klasse der Käthe-Kollwitz-Gesamtschule stehen seit Anfang März insgesamt 30 Stunden zur Verfügung, in denen sie sich wöchentlich ein fundiertes Basiswissens im Bereich Betriebssysteme aneignen können.
Dabei lernen sie unter anderem die Konfiguration des Betriebssystems, Systemsteuerungs-Optionen und Desktop-Einstellungen kennen. Darüber hinaus werden Schülerinnen und Schüler unter Anleitung Client-Systeme installieren und aktualisieren. Praktische Kenntnisse werden außerdem in der Verwaltung und Installation von Anwendungen, Dateien, Ordnern und Geräten sowie in der Entfernung bösartiger Software vermittelt.

IT-Kurs „Das fliegende Klassenzimmer“ – PC-Technik
16 Schülerinnen und Schülern aus der 9. Klasse der Maximilian Kolbe Schule bauen seit März 2015 ihren eigenen Computer zusammen und lernen in 40 Stunden außerdem wöchentlich Grundlagen und Technologien über PC-Systeme kennen. Sie lernen darüber hinaus, wie die verschiedenen Speicher des Computers funktionieren und müssen selbständig Fehler suchen und beseitigen.
Es besteht die Möglichkeit, dass die Schülerinnen und Schüler ihren selbst gebauten PC am Ende der Maßnahme mitnehmen (optional!). In diesem Fall entstehen Kosten von ca. 300 Euro je PC, die von den Teilnehmern zu tragen sind.

Das zdi-Netzwerk Rhein-Kreis Neuss wird gefördert durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), die Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit sowie durch das Wissenschaftsministerium und das Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen.
Unter anderem die Unternehmen Bayer AG, Currenta GmbH & Co OHG, Hydro Aluminium Rolled Products GmbH, RWE Deutschland AG und Zentrum für Radiologie und Nuklearmedizin unterstützen das zdi-Netzwerk. ***Mehr unter www.mint-machen.de***

5. Außenwirtschaft

Delegation aus Russland und Litauen besucht Rhein-Kreis Neuss

Eine 10-köpfige Delegation von Non Government Organisation (NGO) und Kommunalexperten aus Russland und Litauen war am 10. März im Kreishaus Neuss zu Gast. Landrat Hans-Jürgen Petrauschke und Kreiswirtschaftsförderer Robert Abts begrüßten die Gruppe und berichteten über die Funktions- und Arbeitsweise, Organisation und Aufgabenschwerpunkte von Wirtschaftsförderung am Beispiel des Rhein-Kreises Neuss.

Die osteuropäische Delegation informierte sich im Rahmen eines 5-tägigen Aufenthaltes in Nordrhein-Westfalen über Fragen der Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Regionen und Kommunen sowie insbesondere über die kommunale Selbstverwaltung und über Verwaltungsorganisation.

Der Rhein-Kreis Neuss führt seit 2004 außenwirtschaftliche Kontakte nach Russland und konnte mehrfach schon Delegationen Russland empfangen.

Deutsch-Türkische Lebensmittelmesse LeMit am 10. & 11. Mai

Am 10. & 11. Mai 2015 findet die LeMit Deutschland, Fachmesse und Forum der Lebensmittelbranche, im Swissôtel in Neuss statt. Schirmherren der Messe sind NRW Wirtschaftsminister Garrelt Duin und Landrat Hans-Jürgen Petrauschke.

Die LeMit bringt Unternehmen der türkischen und internationalen Lebensmittelbranche in Europa zusammen und bietet ihren Teilnehmern die Möglichkeit, gegenseitig Geschäftsbeziehungen aufzubauen sowie sich einen schnellen Überblick über neue Trends in der Lebensmittelindustrie zu verschaffen. Ferner bietet sie den Firmen die Gelegenheit, ihre Produkte dem deutschen und europäischen Markt vorzustellen und Handelspartner zu finden. Neben der Messe mit nationalen und internationalen Unternehmen aus der Lebensmittelbranche wird es ein Workshop-Programm mit Fachvorträgen und –diskussionen zu aktuellen Themen aus dem Lebensmittelbereich geben.

Organisiert wird die Fachmesse von dem Bundesverband der Unternehmervereinigungen (BUV e.V.). Der BUV organisiert diverse Angebote und Projekte für türkische und deutsche Unternehmen, steht für unternehmerische Vielfalt ein und vertritt als bundesweite Dachorganisation 21 Unternehmerverbände mit rund 3000 Mitgliedsunternehmen - zumeist KMUs, die v.a. von Unternehmern mit Migrationserfahrung geführt werden.

Die LeMit-Messe wird durch die Kreis-Wirtschaftsförderung unterstützt und ist eine weitere Aktivität, die im Rahmen des im Dezember 2013 durch den Kreisausschuss verabschiedeten Handlungskonzepts Türkei durchgeführt wird.

Nähere Informationen zur Messe erhalten Sie hier (http://lemit-deutschland.de/)

Unternehmerreise Türkei

Vom 22. – 26. März nahm die Kreis-Wirtschaftsförderung an einer von der IHK Mittlerer Niederrhein organisierten Unternehmerreise in die Türkei mit 21 Teilnehmern, darunter fünfzehn Vertreter von elf Unternehmen aus dem Rhein-Kreis Neuss, der Region und den benachbarten Niederlanden teil.

Ziel der Reise mit Stationen in Bursa und Istanbul war die Vermittlung von Kontakten, Informationen und persönlichen Eindrücken, die zur Vorbereitung eines erfolgreichen Markteintritts in der Türkei entscheidend sind. In Zusammenarbeit mit dem NRW.Invest-Büro Istanbul führte die Kreis-Wirtschaftsförderung darüber hinaus Besuche bei türkischen Unternehmen mit Ansiedlungsinteresse in der Region sowie ein Unternehmer-Dinner mit ansiedlungsinteressierten türkischen Unternehmen durch, in deren Rahmen der Wirtschaftsstandort Rhein-Kreis Neuss präsentiert wurde.

Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Türkei. Nach dem Rekordjahr 2013 verringerte sich das bilaterale Handelsvolumen in den ersten zehn Monaten des Jahres 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 4,2% und betrug 27,1 Mrd. €. Die türkischen Exporte nach Deutschland stiegen dabei um 7,8% (11,1 Mrd. €), während die Importe aus Deutschland um 11,5% auf 16 Mrd. € fielen (Gesamtjahr 2013: 33,8 Mrd. €).

Die Bedeutung der Türkei in der deutschen Wirtschaft nimmt weiter zu, auch im Rhein-Kreis Neuss und in der Region Mittlerer Niederrhein. Bei den ausländischen

Einzelunternehmern/KGT, die im Rhein-Kreis Neuss angesiedelt sind, stehen die türkischen Unternehmer an der Spitze. Darüber hinaus ist die Türkei durch ihre konsumorientierte und gut ausgebildete Bevölkerung von rund 75 Millionen Menschen, deren Altersdurchschnitt bei etwa 30 Jahren liegt, sowie durch die geografische Lage an der Schwelle zwischen Europa und Asien für den hiesigen Mittelstand einer der wichtigsten Wachstumsmärkte der Zukunft.

6. Europa

Regionales Integriertes Handlungskonzept „Intelligenter Mittlerer Niederrhein“

Als Grundlage für das im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) 2014 – 2020 veröffentlichten Projektaufrufes Regio.NRW hat die Standort Niederrhein GmbH in Zusammenarbeit mit Georg Consulting das Regionale Integrierte Handlungskonzept „Intelligenter Mittlerer Niederrhein“ erstellt.

Bertram Gaiser, Geschäftsführer der Standort Niederrhein GmbH, wird das Handlungskonzept in der Sitzung vorstellen.

7. Tourismusförderung

Touristische Potenzialanalyse für den Rhein-Kreis Neuss

Gemeinsam mit dem Stadtmarketing Krefeld und der Marketinggesellschaft Mönchengladbach erarbeitet die Kreis-Wirtschaftsförderung durch die Hochschule Niederrhein eine Touristische Potenzialanalyse. Ziel der Analyse ist, regionale touristischen Potenziale und mögliche Wachstumsfelder in der regionalen Tourismuswirtschaft zu identifizieren sowie deren künftige Wachstumsaussichten einzuschätzen. Darauf aufbauend soll untersucht werden, wie Wirtschaftsförderung in diesen Feldern zur Förderung und Weiterentwicklung der regionalen Tourismuswirtschaft beitragen kann.
Die Ergebnisse der Studie werden Ende Juli erwartet und sollen in ein auf dem Wirtschaftsförderungskonzept aufbauendes Strategiepapier zur Tourismusförderung im Rhein-Kreis Neuss einfließen.

Beschlussempfehlung:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand: April 2015, zur Kenntnis.

Anlagen:
Arbeitsmarktreport März 2015 Rhein-Kreis Neuss
Bilanz Startercenter
Flyer LeMit
Flyer Unternehmerreise Türkei 2015

zurück zum Inhalt

Eckwerte des Arbeitsmarktes

Rhein-Kreis Neuss (05162)
März 2015

Merkmale	Mrz 2015	Feb 2015	Jan 2015	Veränderung gegenüber Vormonat absolut	Vormonat in %	Vorjahresmonat[1] Mrz 2014 absolut	Mrz 2014 in %	Feb 2014 in %	Jan 2014 in %
Bestand an Arbeitsuchenden									
Insgesamt	24.539	24.536	24.480	3	0,0	86	0,4	0,3	0,8
Bestand an Arbeitslosen									
Insgesamt	14.591	14.756	14.800	-165	-1,1	-830	-5,4	-4,6	-3,8
53,6% Männer	7.825	7.941	7.970	-116	-1,5	-513	-6,2	-5,6	-4,1
46,4% Frauen	6.766	6.815	6.830	-49	-0,7	-317	-4,5	-3,5	-3,3
6,6% 15 bis unter 25 Jahre	970	1.017	949	-47	-4,6	-296	-23,4	-23,0	-24,5
1,0% dar. 15 bis unter 20 Jahre	144	147	161	-3	-2,0	-62	-30,1	-27,6	-26,8
33,6% 50 Jahre und älter	4.898	4.964	5.003	-66	-1,3	-69	-1,4	0,4	1,2
20,9% dar. 55 Jahre und älter	3.050	3.075	3.076	-25	-0,8	-12	-0,4	1,3	0,7
40,5% Langzeitarbeitslose	5.904	5.975	6.049	-71	-1,2	-368	-5,9	-4,5	-3,7
7,3% Schwerbehinderte	1.071	1.083	1.076	-12	-1,1	110	11,4	15,7	14,6
23,6% Ausländer	3.448	3.450	3.421	-2	-0,1	72	2,1	2,9	3,1
Zugang an Arbeitslosen									
Insgesamt	2.833	2.938	3.239	-105	-3,6	78	2,8	0,8	8,6
dar. aus Erwerbstätigkeit	1.008	991	1.523	17	1,7	15	1,5	-4,3	4,7
aus Ausbildung/sonst. Maßnahme	632	778	639	-146	-18,8	3	0,5	10,2	21,5
seit Jahresbeginn	9.010	6.177	3.239	x	x	358	4,1	4,7	8,6
Abgang an Arbeitslosen									
Insgesamt	3.017	2.975	2.507	42	1,4	204	7,3	4,9	4,6
dar. in Erwerbstätigkeit	938	881	752	57	6,5	-54	-5,4	6,8	-2,0
in Ausbildung/sonst. Maßnahme	609	632	446	-23	-3,6	92	17,8	12,1	-0,7
seit Jahresbeginn	8.499	5.482	2.507	x	x	454	5,6	4,8	4,6
Arbeitslosenquoten bezogen auf									
alle zivilen Erwerbspersonen	6,3	6,4	6,4	x	x	x	6,7	6,7	6,7
dar. Männer	6,3	6,4	6,5	x	x	x	6,8	6,9	6,8
Frauen	6,2	6,3	6,3	x	x	x	6,6	6,6	6,6
15 bis unter 25 Jahre	4,4	4,6	4,3	x	x	x	5,6	5,8	5,5
15 bis unter 20 Jahre	2,4	2,4	2,7	x	x	x	3,3	3,3	3,5
50 bis unter 65 Jahre	6,7	6,8	6,9	x	x	x	7,2	7,1	7,1
55 bis unter 65 Jahre	7,5	7,6	7,6	x	x	x	8,0	7,9	8,0
Ausländer	14,3	14,3	14,2	x	x	x	14,8	14,7	14,6
abhängige zivile Erwerbspersonen	7,0	7,1	7,1	x	x	x	7,5	7,5	7,4
Unterbeschäftigung									
Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	16.130	16.261	16.281	-131	-0,8	-500	-3,0	-2,3	-1,4
Unterbeschäftigung im engeren Sinne	17.897	17.993	17.962	-96	-0,5	-451	-2,5	-2,1	-1,0
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	18.174	18.263	18.234	-89	-0,5	-409	-2,2	-1,9	-0,7
Unterbeschäftigungsquote	7,7	7,8	7,8	x	x	x	8,0	8,0	7,9
Leistungsempfänger[2]									
Arbeitslosengeld	4.671	4.938	4.805	-267	-5,4	-231	-4,7	-3,1	-3,9
erwerbsfähige Leistungsberechtigte	21.752	21.743	21.694	9	0,0	13	0,1	0,5	1,0
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	9.154	9.143	9.198	11	0,1	62	0,7	1,1	2,3
Bedarfsgemeinschaften	15.647	15.633	15.609	14	0,1	-76	-0,5	-0,2	0,3
Gemeldete Arbeitsstellen									
Zugang	761	790	553	-29	-3,7	16	2,1	12,5	7,4
Zugang seit Jahresbeginn	2.104	1.343	553	x	x	142	7,2	10,4	7,4
Bestand	2.207	2.132	1.958	75	3,5	119	5,7	10,4	12,1

1) Bei Quoten werden die Vorjahreswerte ausgewiesen.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2) Vorläufige, hochgerechnete Werte am aktuellen Rand (beim Arbeitslosengeld für die letzten zwei Monate, bei den SGB II-Daten für die letzten drei Monate).

zurück zum Inhalt

Eckwerte des Arbeitsmarktes im Rechtskreis SGB III

Rhein-Kreis Neuss (05162)
März 2015

Merkmale	Mrz 2015	Feb 2015	Jan 2015	Veränderung gegenüber					
				Vormonat		Vorjahresmonat[1]			
						Mrz 2014		Feb 2014	Jan 2014
				absolut	in %	absolut	in %	in %	in %
Bestand an Arbeitsuchenden									
Insgesamt	7.662	7.713	7.761	-51	-0,7	-465	-5,7	-5,8	-5,7
Bestand an Arbeitslosen									
Insgesamt	4.879	5.032	5.055	-153	-3,0	-353	-6,7	-5,5	-5,1
55,9% Männer	2.726	2.824	2.803	-98	-3,5	-223	-7,6	-7,3	-6,9
44,1% Frauen	2.153	2.208	2.252	-55	-2,5	-130	-5,7	-3,2	-2,8
10,5% 15 bis unter 25 Jahre	513	564	485	-51	-9,0	-108	-17,4	-17,8	-19,7
1,0% dar. 15 bis unter 20 Jahre	50	49	59	1	2,0	-11	-18,0	-31,0	-16,9
43,6% 50 Jahre und älter	2.125	2.141	2.162	-16	-0,7	85	4,2	4,9	6,0
31,4% dar. 55 Jahre und älter	1.530	1.534	1.534	-4	-0,3	62	4,2	5,6	5,8
14,9% Langzeitarbeitslose	729	738	724	-9	-1,2	30	4,3	7,7	3,1
10,4% Schwerbehinderte	509	501	502	8	1,6	73	16,7	20,4	19,2
13,7% Ausländer	668	704	711	-36	-5,1	-36	-5,1	-4,9	-4,6
Zugang an Arbeitslosen									
Insgesamt	1.303	1.426	1.734	-123	-8,6	-50	-3,7	-1,9	2,8
dar. aus Erwerbstätigkeit	738	741	1.187	-3	-0,4	9	1,2	-4,6	2,3
aus Ausbildung/sonst. Maßnahme	223	378	230	-155	-41,0	-42	-15,8	5,3	9,0
seit Jahresbeginn	4.463	3.160	1.734	x	x	-30	-0,7	0,6	2,8
Abgang an Arbeitslosen									
Insgesamt	1.373	1.351	1.155	22	1,6	10	0,7	1,0	1,9
dar. in Erwerbstätigkeit	638	600	518	38	6,3	-29	-4,3	6,4	-1,7
in Ausbildung/sonst. Maßnahme	183	203	114	-20	-9,9	-39	-17,6	-3,3	-14,9
seit Jahresbeginn	3.879	2.506	1.155	x	x	45	1,2	1,4	1,9
Arbeitslosenquoten bezogen auf									
alle zivilen Erwerbspersonen	2,1	2,2	2,2	x	x	x	2,3	2,3	2,3
dar. Männer	2,2	2,3	2,3	x	x	x	2,4	2,5	2,5
Frauen	2,0	2,0	2,1	x	x	x	2,1	2,1	2,2
15 bis unter 25 Jahre	2,3	2,5	2,2	x	x	x	2,7	3,0	2,7
15 bis unter 20 Jahre	0,8	0,8	1,0	x	x	x	1,0	1,1	1,1
50 bis unter 65 Jahre	2,9	2,9	3,0	x	x	x	2,9	2,9	2,9
55 bis unter 65 Jahre	3,8	3,8	3,8	x	x	x	3,8	3,8	3,8
Ausländer	2,8	2,9	2,9	x	x	x	3,1	3,2	3,3
abhängige zivile Erwerbspersonen	2,3	2,4	2,4	x	x	x	2,5	2,6	2,6
Unterbeschäftigung									
Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	4.915	5.056	5.075	-141	-2,8	-362	-6,9	-5,8	-5,4
Unterbeschäftigung im engeren Sinne	5.408	5.593	5.570	-185	-3,3	-384	-6,6	-5,0	-5,2
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	5.685	5.863	5.842	-178	-3,0	-342	-5,7	-4,3	-4,1
Unterbeschäftigungsquote	2,4	2,5	2,5	x	x	x	2,6	2,6	2,6
Leistungsempfänger									
Arbeitslosengeld[2]	4.671	4.938	4.805	-267	-5,4	-231	-4,7	-3,1	-3,9

1) Bei Quoten werden die Vorjahreswerte ausgewiesen.
Die Differenzierung nach Rechtskreisen basiert auf anteiligen Quoten der Arbeitslosen in den beiden Rechtskreisen, d.h. die Basis ist jeweils gleich und in der Summe ergibt sich die Arbeitslosenquote insgesamt. Abweichungen in der Summe sind rundungsbedingt.
2) Vorläufige, hochgerechnete Werte für Februar 2015 und März 2015; ohne Arbeitslosengeld bei Weiterbildung.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

zurück zum Inhalt

Eckwerte des Arbeitsmarktes im Rechtskreis SGB II

Rhein-Kreis Neuss (05162)
März 2015

Merkmale	Mrz 2015	Feb 2015	Jan 2015	Veränderung gegenüber Vormonat absolut	Vormonat in %	Vorjahresmonat[1] Mrz 2014 absolut	Mrz 2014 in %	Feb 2014 in %	Jan 2014 in %
Bestand an Arbeitsuchenden									
Insgesamt	16.877	16.823	16.719	54	0,3	551	3,4	3,4	4,2
Bestand an Arbeitslosen									
Insgesamt	9.712	9.724	9.745	-12	-0,1	-477	-4,7	-4,1	-3,0
52,5% Männer	5.099	5.117	5.167	-18	-0,4	-290	-5,4	-4,6	-2,6
47,5% Frauen	4.613	4.607	4.578	6	0,1	-187	-3,9	-3,6	-3,6
4,7% 15 bis unter 25 Jahre	457	453	464	4	0,9	-188	-29,1	-28,7	-28,9
1,0% dar. 15 bis unter 20 Jahre	94	98	102	-4	-4,1	-51	-35,2	-25,8	-31,5
28,6% 50 Jahre und älter	2.773	2.823	2.841	-50	-1,8	-154	-5,3	-2,8	-2,2
15,7% dar. 55 Jahre und älter	1.520	1.541	1.542	-21	-1,4	-74	-4,6	-2,7	-4,0
53,3% Langzeitarbeitslose	5.175	5.237	5.325	-62	-1,2	-398	-7,1	-6,0	-4,6
5,8% Schwerbehinderte	562	582	574	-20	-3,4	37	7,0	11,9	10,8
28,6% Ausländer	2.780	2.746	2.710	34	1,2	108	4,0	5,0	5,3
Zugang an Arbeitslosen									
Insgesamt	1.530	1.512	1.505	18	1,2	128	9,1	3,6	16,0
dar. aus Erwerbstätigkeit	270	250	336	20	8,0	6	2,3	-3,5	13,9
aus Ausbildung/sonst. Maßnahme	409	400	409	9	2,3	45	12,4	15,3	29,8
seit Jahresbeginn	4.547	3.017	1.505	x	x	388	9,3	9,4	16,0
Abgang an Arbeitslosen									
Insgesamt	1.644	1.624	1.352	20	1,2	194	13,4	8,3	7,1
dar. in Erwerbstätigkeit	300	281	234	19	6,8	-25	-7,7	7,7	-2,5
in Ausbildung/sonst. Maßnahme	426	429	332	-3	-0,7	131	44,4	21,2	5,4
seit Jahresbeginn	4.620	2.976	1.352	x	x	409	9,7	7,8	7,1
Arbeitslosenquoten bezogen auf									
alle zivilen Erwerbspersonen	4,2	4,2	4,2	x	x	x	4,4	4,4	4,4
dar. Männer	4,1	4,1	4,2	x	x	x	4,4	4,4	4,3
Frauen	4,2	4,2	4,2	x	x	x	4,5	4,4	4,4
15 bis unter 25 Jahre	2,1	2,0	2,1	x	x	x	2,8	2,8	2,9
15 bis unter 20 Jahre	1,6	1,6	1,7	x	x	x	2,3	2,1	2,4
50 bis unter 65 Jahre	3,8	3,9	3,9	x	x	x	4,2	4,2	4,2
55 bis unter 65 Jahre	3,8	3,8	3,8	x	x	x	4,2	4,1	4,2
Ausländer	11,5	11,4	11,2	x	x	x	11,7	11,5	11,3
abhängige zivile Erwerbspersonen	4,6	4,7	4,7	x	x	x	4,9	4,9	4,9
Unterbeschäftigung									
Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	11.215	11.205	11.206	10	0,1	-138	-1,2	-0,7	0,6
Unterbeschäftigung im engeren Sinne	12.489	12.400	12.392	89	0,7	-67	-0,5	-0,8	1,0
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	12.489	12.400	12.392	89	0,7	-67	-0,5	-0,8	1,0
Unterbeschäftigungsquote	5,3	5,3	5,3	x	x	x	5,4	5,4	5,3
Leistungsempfänger									
erwerbsfähige Leistungsberechtigte[2]	21.752	21.743	21.694	9	0,0	13	0,1	0,5	1,0
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte[2]	9.154	9.143	9.198	11	0,1	62	0,7	1,1	2,3
Bedarfsgemeinschaften[2]	15.647	15.633	15.609	14	0,1	-76	-0,5	-0,2	0,3

1) Bei Quoten werden die Vorjahreswerte ausgewiesen.
Die Differenzierung nach Rechtskreisen basiert auf anteiligen Quoten der Arbeitslosen in den beiden Rechtskreisen, d.h. die Basis ist jeweils gleich und in der Summe ergibt sich die Arbeitslosenquote insgesamt. Abweichungen in der Summe sind rundungsbedingt.

2) Vorläufige, hochgerechnete Werte für Januar 2015 bis März 2015.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Bestand an Arbeitslosen nach Gemeinden

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Rommerskirchen
Mrz 14	15.641	15.421	1.746	2.328	596	1.142	711	1.437	7.192	269
Apr 14	15.373	15.272	1.753	2.291	582	1.138	695	1.409	7.118	286
Mai 14	15.286	15.155	1.724	2.249	585	1.105	700	1.396	7.120	276
Jun 14	15.308	15.065	1.718	2.247	581	1.109	687	1.384	7.068	271
Jul 14	15.374	15.316	1.748	2.189	588	1.150	694	1.434	7.226	287
Aug 14	15.287	15.000	1.729	2.114	577	1.126	669	1.393	7.110	282
Sep 14	15.048	14.495	1.642	2.082	583	1.087	664	1.352	6.802	283
Okt 14	14.776	14.352	1.617	2.058	561	1.027	662	1.365	6.793	269
Nov 14	14.113	14.158	1.608	2.005	545	1.017	657	1.371	6.686	269
Dez 14	13.910	14.070	1.595	1.968	535	1.027	655	1.332	6.695	263
Jan 15	14.402	14.800	1.789	2.047	561	1.075	663	1.392	7.001	272
Feb 15	14.428	14.756	1.795	2.014	536	1.063	670	1.429	6.986	263
Mrz 15	14.484	14.591	1.755	2.014	524	1.020	684	1.420	6.925	249

Bestand an Arbeitslosen nach Gemeinden - nur Sozialgesetzbuch III (SGB III) Rechtskreis

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Rommerskirchen
Mrz 14	3.459	5.232	646	902	256	473	350	540	1.915	150
Apr 14	3.329	5.078	607	883	249	470	344	514	1.852	159
Mai 14	3.228	4.931	573	838	263	457	357	510	1.791	142
Jun 14	3.230	4.792	562	828	263	463	350	484	1.696	146
Jul 14	3.346	5.093	610	831	272	498	358	537	1.826	161
Aug 14	3.254	4.911	610	790	261	489	356	506	1.751	148
Sep 14	3.169	4.713	574	760	262	460	350	497	1.657	153
Okt 14	3.110	4.641	564	734	249	421	351	495	1.673	154
Nov 14	3.036	4.538	559	710	239	405	354	499	1.625	147
Dez 14	3.035	4.574	577	695	227	438	364	480	1.646	147
Jan 15	3.267	5.055	683	764	254	475	375	522	1.827	155
Feb 15	3.275	5.032	692	771	243	465	375	529	1.813	144
Mrz 15	3.090	4.879	668	749	231	435	382	528	1.749	137

Bestand an Arbeitslosen nach Gemeinden - nur Sozialgesetzbuch II (SGB II) Rechtskreis

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Rommerskirchen
Mrz 14	12.182	10.189	1.100	1.426	340	669	361	897	5.277	119
Apr 14	12.044	10.194	1.146	1.408	333	668	351	895	5.266	127
Mai 14	12.058	10.224	1.151	1.411	322	648	343	886	5.329	134
Jun 14	12.078	10.273	1.156	1.419	318	646	337	900	5.372	125
Jul 14	12.028	10.223	1.138	1.358	316	652	336	897	5.400	126
Aug 14	12.033	10.089	1.119	1.324	316	637	313	887	5.359	134
Sep 14	11.879	9.782	1.068	1.322	321	627	314	855	5.145	130
Okt 14	11.666	9.711	1.053	1.324	312	606	311	870	5.120	115
Nov 14	11.077	9.620	1.049	1.295	306	612	303	872	5.061	122
Dez 14	10.875	9.496	1.018	1.273	308	589	291	852	5.049	116
Jan 15	11.135	9.745	1.106	1.283	307	600	288	870	5.174	117
Feb 15	11.153	9.724	1.103	1.243	293	598	295	900	5.173	119
Mrz 15	11.394	9.712	1.087	1.265	293	585	302	892	5.176	112

Erstellungsdatum: 24.03.2015, Statistik-Service West, Auftragsnummer 5351

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Der Neuaufbau der Arbeitslosenstatistik mit Berichtsmonat August 2014 führt zu einer rückwirkenden Revision der Daten ab Januar 2007. Die revidierten Daten können von den bisher veröffentlichten Ergebnissen abweichen. Siehe methodisches Hinweisblatt.

Arbeitslosenquoten nach Gemeinden

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Rommerskirchen
Mrz 14	11,8	6,7	5,3	7,0	/	5,5	4,0	5,4	8,9	/
Apr 14	11,6	6,6	5,3	6,8	/	5,4	4,0	5,3	8,8	/
Mai 14	11,5	6,5	5,2	6,6	/	5,3	4,0	5,2	8,8	/
Jun 14	11,5	6,5	5,2	6,6	/	5,3	3,9	5,2	8,7	/
Jul 14	11,6	6,6	5,3	6,4	/	5,5	3,9	5,4	8,9	/
Aug 14	11,5	6,5	5,2	6,2	/	5,4	3,8	5,2	8,8	/
Sep 14	11,3	6,2	4,9	6,1	/	5,2	3,8	5,1	8,4	/
Okt 14	11,1	6,2	4,9	6,0	/	4,9	3,8	5,1	8,4	/
Nov 14	10,6	6,1	4,8	5,9	/	4,8	3,7	5,1	8,3	/
Dez 14	10,5	6,1	4,8	5,8	/	4,9	3,7	5,0	8,3	/
Jan 15	10,8	6,4	5,4	6,0	/	5,1	3,8	5,2	8,6	/
Feb 15	10,8	6,4	5,4	5,9	/	5,1	3,8	5,4	8,6	/
Mrz 15	10,9	6,3	5,3	5,9	/	4,9	3,9	5,3	8,6	/

Arbeitslosenquoten nach Gemeinden - nur Sozialgesetzbuch III (SGB III) Rechtskreis

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Rommerskirchen
Mrz 14	2,6	2,3	2,0	2,7	/	2,3	2,0	2,0	2,4	/
Apr 14	2,5	2,2	1,9	2,6	/	2,3	2,0	1,9	2,3	/
Mai 14	2,4	2,1	1,7	2,5	/	2,2	2,0	1,9	2,2	/
Jun 14	2,4	2,1	1,7	2,4	/	2,2	2,0	1,8	2,1	/
Jul 14	2,5	2,2	1,8	2,4	/	2,4	2,0	2,0	2,3	/
Aug 14	2,4	2,1	1,8	2,3	/	2,3	2,0	1,9	2,2	/
Sep 14	2,4	2,0	1,7	2,2	/	2,2	2,0	1,9	2,0	/
Okt 14	2,3	2,0	1,7	2,2	/	2,0	2,0	1,9	2,1	/
Nov 14	2,3	2,0	1,7	2,1	/	1,9	2,0	1,9	2,0	/
Dez 14	2,3	2,0	1,7	2,0	/	2,1	2,1	1,8	2,0	/
Jan 15	2,5	2,2	2,1	2,2	/	2,3	2,1	2,0	2,3	/
Feb 15	2,5	2,2	2,1	2,3	/	2,2	2,1	2,0	2,2	/
Mrz 15	2,3	2,1	2,0	2,2	/	2,1	2,2	2,0	2,2	/

Arbeitslosenquoten nach Gemeinden - nur Sozialgesetzbuch II (SGB II) Rechtskreis

Berichtsmonat	Mönchengladbach Stadt	Rhein-Kreis Neuss	Dormagen Stadt	Grevenbroich Stadt	Jüchen	Kaarst Stadt	Korschenbroich Stadt	Meerbusch Stadt	Neuss Stadt	Rommerskirchen
Mrz 14	9,2	4,4	3,4	4,3	/	3,2	2,1	3,4	6,6	/
Apr 14	9,1	4,4	3,5	4,2	/	3,2	2,0	3,4	6,5	/
Mai 14	9,1	4,4	3,5	4,1	/	3,1	1,9	3,3	6,6	/
Jun 14	9,1	4,4	3,5	4,2	/	3,1	1,9	3,4	6,6	/
Jul 14	9,0	4,4	3,4	4,0	/	3,1	1,9	3,4	6,7	/
Aug 14	9,0	4,3	3,4	3,9	/	3,0	1,8	3,3	6,6	/
Sep 14	8,9	4,2	3,2	3,9	/	3,0	1,8	3,2	6,4	/
Okt 14	8,8	4,2	3,2	3,9	/	2,9	1,8	3,3	6,3	/
Nov 14	8,3	4,1	3,2	3,8	/	2,9	1,7	3,3	6,3	/
Dez 14	8,2	4,1	3,1	3,7	/	2,8	1,6	3,2	6,2	/
Jan 15	8,4	4,2	3,3	3,8	/	2,9	1,6	3,3	6,4	/
Feb 15	8,4	4,2	3,3	3,6	/	2,8	1,7	3,4	6,4	/
Mrz 15	8,6	4,2	3,3	3,7	/	2,8	1,7	3,3	6,4	/

Erstellungsdatum: 24.03.2015, Statistik-Service West, Auftragsnummer 5351

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Der Neuaufbau der Arbeitslosenstatistik mit Berichtsmonat August 2014 führt zu einer rückwirkenden Revision der Daten ab Januar 2007. Die revidierten Daten können von den bisher veröffentlichten Ergebnissen abweichen. Siehe methodisches Hinweisblatt.

/ = Die Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht keine Arbeitslosenquoten für Gemeinden mit weniger als 15.000 zivilen Erwerbspersonen.

STARTERCENTER NRW.

Bilanz des
Startercenters der Wirtschaftsförderungsgesellschaft
Rhein-Kreis Neuss mbH

-2014-

45/66

März 2015

Informationen und Beratungen des Startercenters NRW bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss 2012

Information und Beratung sind Grundsteine einer erfolgreichen Unternehmensgründung. Aus diesem Grund hat sich die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Rhein-Kreis Neuss mit der Erstinitiative der Startercenter (SC) im Jahr 2008 um eines von 4 Startercentern der Region Mittlerer Niederrhein beworben und ist als solches zertifiziert worden. Gründern und Jungunternehmern aus allen Bereichen bietet das SC kostenlose Unterstützung aus einer Hand an.

Informations- und Beratungsgespräche

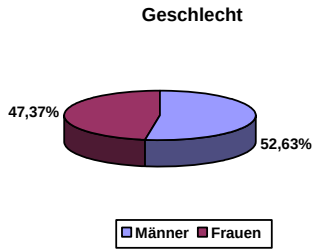
Im Jahr 2014 haben sich 77 Existenzgründer/innen und Jungunternehmer/innen an das SC des Rhein-Kreises Neuss gewandt, und hier Leistungen in Anspruch genommen. Gezählt wurden Informations- und Erstberatungsgespräche (auch telefonisch, Gesprächsdauer im Normalfall unter 30 Minuten) und E-Mail Anfragen. Im gleichen Zeitraum wurden 152 Gründer/innen und Jungunternehmer beraten. Intensive Beratungsgespräche kennzeichnen sich dadurch, dass sie länger als 30 Minuten dauern.

Das Startercenter des Rhein-Kreise Neuss verzeichnete im Vergleich von 2013 auf 2014 eine Steigerung der intensiven Beratungsgespräche bei den in Anspruch genommenen Dienstleistungen und Beratungen durch potentielle Gründer.

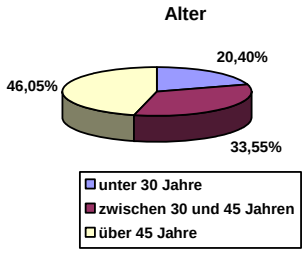
O: 5

Merkmale zur Gründerperson

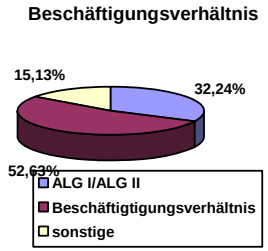
Insgesamt haben 72 Frauen und 80 Männer die Leistungen des Startercenters Rhein-Kreis Neuss in Anspruch genommen.



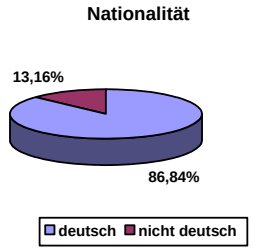
Die meisten Beratungssuchenden (46,05 %) waren zwischen 30 und 45 Jahren, 33,55 % waren über 45 Jahre und 20,40 % waren unter 30 Jahre.



32,24 % der Beratungssuchenden kamen aus der Arbeitslosigkeit (27,63 % aus ALG I, 4,61 % aus ALG II), 52,63 % kamen aus einem Beschäftigungsverhältnis und 15,13 % waren sonstige (z. B. Schüler, Studenten, Hausfrauen, Arbeitslose ohne Leistungsbezug).

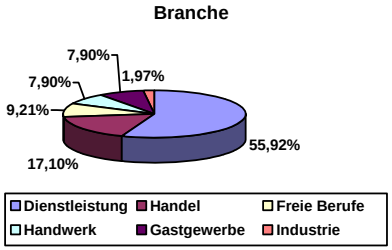


Mit 86,84 % hatte die Mehrheit der im Jahr 2014 Beratenen die deutsche Staatsangehörigkeit, 13,16 % waren ausländische Staatsbürger.

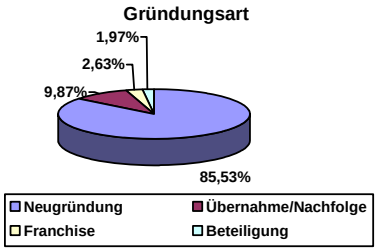


Merkmale zu den Gründungsbranchen

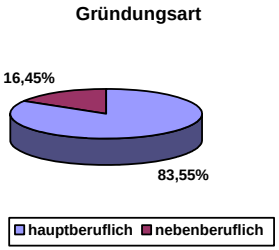
Mit 55,92 % lagen im Dienstleistungssektor die meisten Beratungsfälle zu Grunde, gefolgt vom Handel mit 17,10 %. Beratungen in den Freien Berufen wurden mit 9,21 %, im Handwerk mit 7,90 %, im Gastgewerbe mit 7,90 % und in lediglich mit 1,97 % in der Industriebranche durchgeführt.



Bei mehr als drei Viertel (85,53 %) der im Jahr 2014 durchgeführten Beratungen ging es um Neugründungen bzw. neu gegründeten Unternehmen, bei 9,87 % um die Übernahme/Nachfolge, bei 2,63 % um die Gründung eines Franchaiseunternehmens und bei lediglich 1,97 % um die Beteiligung an einem Unternehmen. Der Anteil der im Jahr 2014 beratenen Re-Starter lag bei 0,66 % aller Beratungsgespräche des Startercenters Rhein-Kreis Neuss.

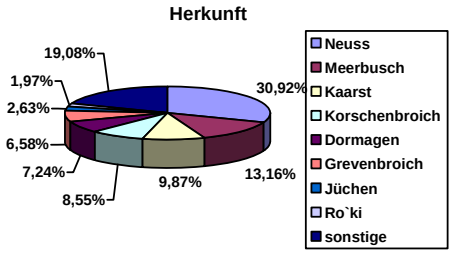


In über drei Viertel (83,55 %) wurde von den beratenen Personen die hauptberufliche Selbständigkeit angestrebt, lediglich bei 16,45 % bestand das Ziel einer nebenberuflichen Selbständigkeit.



Herkunft derjenigen, die die Leistungen des Startercenters in Anspruch genommen haben

Die meisten Beratungssuchenden aus dem Rhein-Kreis Neuss kamen aus Neuss (30,92 %), gefolgt von Meerbusch (13,16 %) Kaarst (9,87 %), Korschenbroich (8,55 %), Dormagen (7,24 %), Grevenbroich (6,58 %), Jüchen (2,63 %) und Rommerskirchen (1,97 %). Die Anzahl der Beratungssuchenden außerhalb des Kreisgebietes lagen bei 19,08 %.



Angebote für Existenzgründer und Unternehmen

Seminare und Workshops

In Kooperation mit mehreren Partnern wurden folgende Seminare und Workshops angeboten:

Existenzgründerseminare

Intensiv Seminar für Existenzgründerinnen

Marketingseminare

Buchführungsseminare

Workshop zur Erstellung des eigenen Businessplanes

Schnelles und profitables Wachstum durch Multiplikatoren und Kooperationen

Die BWA (Betriebswirtschaftliche Auswertung) – lesen, verstehen und nutzen

Kreditgespräche erfolgreich vorbereiten und führen

Professioneller Vertrieb: spezifisch, strukturiert, souverän

Social Network Marketing

Liquidität und Finanzierung sichern – Engpässe erst gar nicht entstehen lassen

Insgesamt 87 interessierte Gründer/innen und Unternehmer/innen haben die Seminare und Workshops besucht.

Netzwerkabend

Erstmals wurden 2014 insgesamt 6 Netzwerkabende mit angehenden Selbständigen und Unternehmer/innen organisiert und durchgeführt. Diese Netzwerkabende fanden immer bei einem Unternehmen statt. Im Mittelpunkt dieser Treffen stand jeweils der Vortrag eines Fachexperten zu einem zielgruppenrelevanten Thema. Der anschließende Netzwerkaustausch bot den insgesamt 175 Teilnehmer/innen die Möglichkeit für individuelle Gespräche untereinander sowie mit dem Fachexperten.

Gründer- und Unternehmertag

Unter der Headline „Innovation und Wachstum für unsere Region“ führte der Rhein-Kreis Neuss als Gemeinschaftsveranstaltung mit den Städten und Gemeinden und der IHK Mittlerer Niederrhein am 28. November 2014 bereits zum 19. Mal einen Gründer- und Unternehmertag durch. Rund 300 interessierte Besucher kamen in das Alte Schloß in Grevenbroich. Nach der offiziellen Begrüßung durch die Gastgeber (Rhein-Kreis und Stadt Grevenbroich sowie IHK) folgte eine von Marion Cürlis von News 89.4 moderierte Diskussionsrunde mit 3 Best-Practise Gründern bzw. Unternehmern aus dem Kreisgebiet. An insgesamt 33 Ständen und in 4 Themenworkshops gab es reichlich an Informationen und ebenso die Gelegenheit zu Kontaktgesprächen oder auch für die individuelle Beratung.

lemit

LeMit Deutschland 2015

Fachmesse und Forum der Lebensmittelbranche

10.-11. Mai 2015

49/66

BUV

lemit

Deutschland 2015

www.lemit-deutschland.de

Grußwort

Als Wirtschaftsminister des größten deutschen Bundeslandes habe ich sehr gerne die Schirmherrschaft über die nunmehr zweite Fachmesse „LeMit“ übernommen. Mit meinem Engagement möchte ich dokumentieren, dass ich dem Leitbild und den Zielen des Bundesverbandes der Unternehmervereinigungen großen Respekt zolle. Und das in mehrfacher Hinsicht: Der BUV beschreibt sich selbst in Kurzfassung als „Der Bundesverband für unternehmerische Vielfalt“. Zur Vielfalt in der Wirtschaft gehört insbesondere die Unternehmenskultur kleiner und mittelständischer Unternehmen. Sie prägen unsere Wirtschaft maßgeblich und sind ein tragendes Fundament. Der BUV hat diese Unternehmen in besonderer Weise im Fokus. Ihre Förderung ist ein Schwerpunkt der Mittelstandspolitik der Landesregierung.

Hierzu gehören junge Unternehmen, die mit kreativen Ideen und Gründungsgeist den Schritt in die Selbstständigkeit wagen, genauso wie traditionsreiche Familienunternehmen in dritter, vierter oder gar fünfter Generation.

Eine bedeutende Teilmenge dieser Unternehmen wird durch das Handwerk repräsentiert. Dass wir gerade hierauf in Nordrhein-Westfalen besonders schauen, ist nicht nur durch die Aufnahme des Begriffs „Handwerk“ in den Namen des Wirtschaftsministeriums dokumentiert.

Für den Bundesverband der Unternehmensvereinigungen steht von Beginn an der integrative Ansatz im Vordergrund, indem nicht die Herkunft eines Unternehmens, sondern das wirtschaftliche Ergebnis und die hierfür maßgeblichen Faktoren in den Mittelpunkt der Verbandsaktivitäten gestellt werden. Oder wie Sie es treffend formuliert haben: „ Die Kraftpotentiale der Migranten-Ökonomie in die gesellschaftlichen Prozesse einzubinden“. Die nordrhein-westfälische Landesregierung weiß diesen Ansatz zu schätzen. Er ist heute aktueller denn je.

In besonderer Weise bemerkenswert ist auch, dass bei Ihnen keine spezielle Konzentration auf bestimmte Branchen erfolgt, sondern Schwerpunkte „aus aktuellem Anlass“ gewählt werden. So konzentrieren Sie sich mi der „LeMit 2015“ zum zweiten Mal auf den Bereich der Lebensmittelindustrie mit ihren vielfältigen Facetten. Die deutlich gestiegene Zahl an Ausstellern zeigt, dass Sie den Bedarf Ihrer Kunden richtig eingeschätzt haben. Erfreulich ist daneben, dass sich auch große Unternehmen von der Veranstaltung angesprochen fühlen.
Lassen Sie mich abschließend bemerken, dass es mir sehr wichtig ist, dass Unternehmen Eigeninitiative und Kreativität zeigen. Der Bundesverband der Unternehmensvereinigungen ist hierfür ein hervorragendes Beispiel, das zur Nachahmung empfohlen werden kann und die Unterstützung der Politik verdient.

In diesem Sinne wünsche ich der Messe allen Erfolg und gute Diskussionsergebnisse in den breit angelegten Themenforen.

Garrelt Duin

Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk
des Landes Nordrhein-Westfalen

lemit
Deutschland 2015

Grußwort

In direkter Nachbarschaft zur Landeshauptstadt Düsseldorf und zu Köln, zum Ruhrgebiet und den Benelux-Staaten zählt der Rhein-Kreis Neuss als Wirtschaftsstandort zu den Top-Adressen in Deutschland. Die Europa- und Deutschland-Zentralen zahlreicher Unternehmen von Weltruf haben hier ihren idealen Standort gefunden. Hochqualifizierte Arbeitskräfte, ein gesunder Branchen-Mix mit zahlreichen mittelständischen Unternehmen und ein riesiger Absatzmarkt - im Umkreis von 50 Kilometern leben mehr als acht Millionen Menschen - sind hier die besten Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg.

Unser internationaler und erfolgreicher Standort von heute fußt historisch auf unserer Lage am Rhein und auf unserer ertragreichen Landwirtschaft mit der daraus entstandenen Nahrungsmittelindustrie. So ist der Rhein-Kreis Neuss nach wie vor auch ein starker Standort der Lebensmittelbranche. Rund 4.500 Beschäftigte arbeiten hier in der Lebensmittelproduktion, was die Führungsrolle in ganz Nordrhein-Westfalen bedeutet. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Neusser Hafen, der für die Lebensmittel-Unternehmen eine wichtige Logistik-Funktion einnimmt.

Ich freue mich daher sehr, dass der Bundesverband der Unternehmervereinigungen e. V. nach dem Auftakt in Düsseldorf für die 2. LeMit Deutschland den Rhein-Kreis Neuss als Veranstaltungsort ausgewählt hat. Die Premiere bei uns findet in unserer Kreisstadt Neuss statt, die treffenderweise den Beinamen „Food City“ trägt.

Alle Besucher der LeMit Deutschland heiße ich herzlich willkommen im Rhein-Kreis Neuss. Ich wünsche den Initiatoren eine erfolgreiche Messe 2015 und verbinde damit meinen Dank für dieses Forum, das lokalen wie internationalen kleinen- und mittelständischen Unternehmen die Möglichkeit bietet, Geschäftsbeziehungen aufzubauen und sich über neue Trends zu informieren.

Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat des Rhein-Kreises Neuss

www.lemit-deutschland.de

Grußwort

Liebe Besucherinnen und Besucher,

im Namen unseres Verbandes heiße ich Sie auf der LeMit 2015 willkommen und freue mich über Ihr Interesse an der diesjährigen Messe rund um die Lebensmittelbranche!

Die LeMit, Fachmesse und Forum der Lebensmittelbranche öffnet vom 10. Mai bis zum 11. Mai 2015 in Düsseldorf / Neuss Unternehmen und Besuchern ihre Türen. Die erstmals im Mai 2014 veranstaltete „LeMit Deutschland“ brachte zahlreiche türkischstämmige Teilnehmer der Lebensmittelbranche in Europa zusammen. Gleichzeitig vereinte sie die wichtigsten Akteure der Lebensmittelindustrie aus Europa - Konzerne wie EDEKA und REWE-Group - und zahlreiche Lebensmittelhersteller und -großhändler.

Heute ist die LeMit Deutschland eine wichtige Fachmesse und Forum der Lebensmittelbranche und stellt eine Organisation dar, die sowohl für lokale als auch für internationale kleine und mittelständige Unternehmen von Interesse ist. Sie bietet ihren Teilnehmern einerseits die Gelegenheit, neue Geschäftsbeziehungen aufzubauen und andererseits einen schnellen Überblick hinsichtlich neuer Trends zu bekommen. Ferner bietet sie den Firmen die Chance, ihre vielfältigen Produktpaletten dem deutschen und europäischen Markt vorzustellen und Handelspartner zu finden. Die LeMit wird durch die Veranstaltung von B2B-Meetings abgerundet, um lokale und internationale Handelspartnerschaften zu fördern.

Die regelmäßig für jedes Jahr geplante LeMit Deutschland findet auch in diesem Jahr in der Landeshauptstadt des bevölkerungsreichsten Bundeslandes - Nordrhein-Westfalen - statt. Düsseldorf/ Neuss spricht in einem Umkreis von 500 Kilometern über 150 Millionen Menschen an. Dies entspricht ca. 1/3 der Verbraucher und 45 % der Kaufkraft der EU.

Die Auftaktveranstaltung der LeMit 2014 war ein großer Erfolg; Dieses Jahr werden wir die Besucherinnen und Besucher wieder mit Neuigkeiten rund um die Lebensmittelbranche überraschen.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen.

Mit freundlichen Grüßen,

Osman Kımıl
BUV Präsident

51/66

lemit
Deutschland 2015

Programmvorstellung

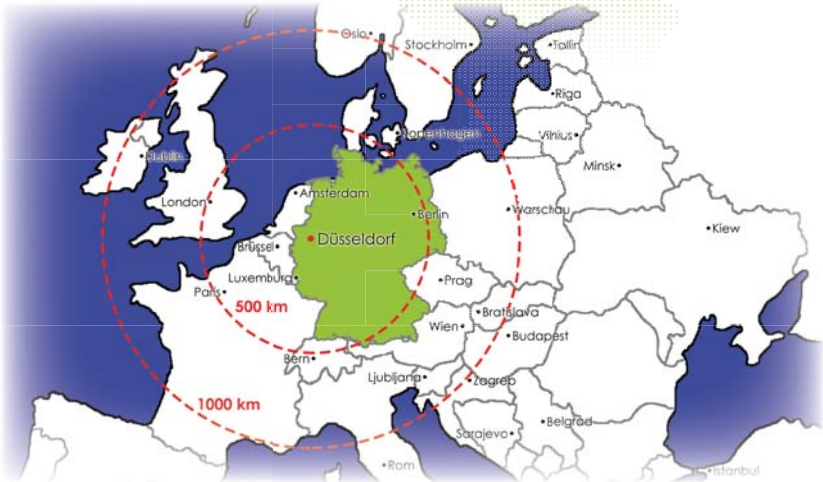
Die LeMit, Fachmesse und Forum der Lebensmittelbranche, öffnet vom 10. Mai bis zum 11. Mai 2015 in Düsseldorf/Neuss den Unternehmen und Besuchern ihre Türen. Die erstmals im Mai 2014 veranstaltete Fachmesse und Forum LeMit brachte die Teilnehmer der türkischen Lebensmittelbranche in Europa zusammen. Gleichzeitig vereinte sie auch die stärksten Akteure Europas wie die Konzerne EDEKA und REWE-Group mit den an dieser Messe teilnehmenden Lebensmittelherstellern und -großhändlern.

Heute ist die LeMit Deutschland, Fachmesse und Forum der Lebensmittelbranche, eine Organisation, an der lokale wie auch internationale kleine und mittelständige Unternehmen teilnehmen. LeMit bietet ihren Teilnehmern die Möglichkeit, gegenseitig Geschäftsbeziehungen aufzubauen sowie sich einen schnellen Überblick über neue Trends zu verschaffen. Ferner bietet sie den Firmen die Gelegenheit, ihre Produkte dem deutschen und europäischen Markt vorzustellen und Handelspartner zu finden. Für den Aufbau von sowohl lokalen als auch internationalen Handelspartnerschaften wird die LeMit abgerundet durch B2B-Meetings.

Die regelmäßig für jedes Jahr geplante LeMit - Fachmesse und Forum - findet in diesem Jahr erstmals im Rhein-Kreis Neuss statt. Der Rhein-Kreis Neuss spricht in einem Umkreis von 500 Kilometern fast 150 Millionen Menschen an - und damit 40 Prozent aller Verbraucher in der Europäischen Union.

Alle diejenigen, die Interesse daran haben, in der Lebensmittelbranche ihre Produkte und Firmen vorzustellen, ihren eigenen Marktanteil zu erhöhen sowie ihren Fachkräften im Rahmen des Forums Einblick in die Entwicklungen dieser Branche zu bieten, laden wir herzlich dazu ein, diese einzigartige Chance zu nutzen.

Verlieren Sie keine Zeit und buchen Sie gleich eine Standfläche für Ihr Unternehmen...



Feedbacks zur LeMit 2014

EDEKA / Marco Hinze

„Ich denke, dass wir heute hier angefangen haben, die Früchte unserer Zusammenarbeit und Kooperation zu ernten. In der Lebensmittelbranche werden wir auch zukünftig weiterhin innovative und den Marktbedarf deckende Produkte gemeinsam anbieten. Die türkischen Unternehmer sind unglaublich kunden- und serviceorientiert. Dies ist ausreichend und wenn diese türkischen Unternehmen zu großen Betrieben werden, so wird dies für den Lebensmittelmarkt und die Lebensmittelbranche effizienter sein."

REWE GROUP / Thomas Nonn

„LeMit ist ein sehr bedeutender Schritt für die Zusammenkunft des türkischen und deutschen Lebensmittelmarktes. Unsere Teilnahme an dieser Messe ist nicht nur mit dem heutigen Tage begrenzt. Wir sind der festen Überzeugung, dass unsere Beziehungen sich zunehmend festigen und weiterentwickeln werden. Als REWE werden wir auch zukünftig immer unseren Beitrag leisten"

NURA SEAFOOD / Ali Usta

„In erster Linie möchte ich betonen, dass diese Messe die Fragezeichen und Zweifel, die wir vor dieser Messe hegten, gleich vom ersten Moment an behoben hat. Beide Tage waren für uns äußerst erfolgreich"

BIDI FRÜCHTE UND FEINKOST / Yunus Bıdı

„LeMit ist eine Organisation, wo nicht Andere über unsere Branche berichten, sondern wir uns selbst gleich aus erster Hand vorstellen. Sie ist ein schöner Anfang geworden"

YEDOY / Şahset Pehlivan

„Dies ist insbesondere in der Hinsicht eine nützliche Organisation geworden, dass die deutschen Abnehmer aus der Lebensmittelbranche uns kennen gelernt haben. Wir sind überzeugt, dass wir dadurch unseren Marktanteil im Sektor erhöhen werden"

ÖZTAT BAKLAVALARI / Bülent Özilce

„Diese Messe ist unsere erste Messeerfahrung und uns ist weit mehr als erwartet Interesse entgegengebracht worden. Insbesondere mit Edeka haben wir eine schöne Verbindung aufgebaut und sie wird unser Unternehmen sobald wie möglich besuchen. Des Weiteren haben wir angefangen, mit einer Supermarktkette in Holland positive Gespräche zu führen."

ÇİLOĞLU / Şahin Çiloğlu

„Die Fachmesse und Forum der Lebensmittelbranche ist für uns sehr erfolgreich gelaufen und hat uns neue Initiativen geboten. Wir sind mit den deutschen Riesen EDEKA und REWE in Verbindung getreten"

DAMLA / Ahmet Özarıcı

„Es ist das erste Mal, dass die Teilnehmer der türkischen Lebensmittelbranche zusammenkommen. Außerdem hat diese Messe einen enormen Beitrag zur Vermittlung der Bedeutung nicht nur des ethnischen Marktes, sondern auch des inländischen Marktes geleistet."

FA. ENKA FOOD GMBH/ İsmail Titiz

„Eine erfolgreiche und authentische Messe. Insbesondere das Forum ist sehr erfolgreich gewesen. Es besteht ein Bedarf, dies zu wiederholen"

lemit Deutschland 2015

LeMit 2014 Daten

Besucherprofile

Wunsch nach einer erneuten Teilnahme

Allgemeine Daten

Datum	10./11. Mai 2015, Sonntag/Montag
Ort	Swissôtel Düsseldorf Rheinallee 1 D-41460 Neuss
Messefläche	ca. 4000 m²

Standdaten

Standfläche	3 m x 3 m = 9 m²
Standeigenschaften	inkl. Standard-beleuchtung Zusatzaustattung: (gegen Gebühr) - Regal - Stuhl - Tisch - Tiefkühlschrank - Stromanschluss

Letzter Aussteller-Anmeldetermin

13. März 2015

Die Standplatzierung erfolgt nach der Reihe der Anmeldungen.

www.lemit-deutschland.de

lemit
Deutschland 2015

Programm (Änderungen vorbehalten)

1. Tag
10.05.2015, Sonntag

10:00 Uhr
Einlass zur Lemit 2015

13:00 Uhr
Offizielle Eröffnung der LeMit 2015
- **Grußworte**

14:00-14:30 Uhr
Gemeinsamer Messerundgang

14:30-16:00 Uhr
Parallel Sessions

Forum A1 (Saal Diana I)
Perspektiven und Trends aus der Lebensmittelbranche
- 10 Trends aus der Lebensmittelbranche
- Tante Emma erwacht – Was macht Onkel Mehmet?
- Pflicht zur Verwendung von digitalen Kassen und elektronische Barkassenprüfungen in Deutschland

Forum A2 (Saal Saturn+Neptun)
Energieeffizienz und Marktdesign in der Lebensmittelbranche
- Energieeffizienz und Energiegewinnung in Betrieben
- Marktdesign und Produktpräsentation

16:30 -16:45 Uhr
Kaffeepause

16:45- 17:25 Uhr
Ergebnisbewertung (Saal Saturn+Neptun)

18:00 – 22:30 Uhr
GALA-Dinner

2. Tag
11.05.2015, Montag

10:00 Uhr
Einlass zur Lemit 2015

12:00 Uhr
Pressetermin

14:30-16:00 Uhr
Parallel Sessions

Forum A3 (Saal Saturn + Neptun)
Zusammenschluss als Genossenschaft und Großeinkäufe von Produkten
- Steigert der Zusammenschluss als Genossenschaft die Wettbewerbsfähigkeit im Groß- und Einzelhandelsmarkt?
- Halal-Zertifikate nach SMIIC und Präsentation von Halal-Produkten
- Vorbild-Pilotanwendungen für Supermarktdesigns in deutsch-türkischen Supermärkten

Forum A4 (Saal Bacchus)
Internationaler Handel mit Lebensmitteln
- Verpackungssystem für den Lebensmittelvertrieb
- Logistik
- Verzollung

16:00 Uhr
Kaffeepause

16:30 Uhr
Ergebnisbewertung (Saal Merkur bis Bacchus)

lemit
Deutschland 2015

An der Messe können Lebensmittelunternehmen aus folgenden Branchen teilnehmen:

- Fleisch- und Geflügelprodukte
- Fisch- und Meeresprodukte
- Milchprodukte und Eis
- Mehl, Hefe und Pasta
- Oliven und Olivenöle
- Süßwaren, Kekse und Waffeln
- Rohkost
- Tiefkühlprodukte (tiefgekühlte Speisen, tiefgekühltes Obst-Gemüse und tiefgekühlte Süßspeisen)
- Konservenprodukte
- Bio-Kost
- Diätkost
- Babykost
- Schokoladen- und Kakaoprodukte
- Trockenfrüchte
- Gewürze
- Nahrungsergänzungsmittel (Proteine, Vitamine und Energie verleihende Nahrungsmittel)
- Lebensmittelzusatzstoffe (Aromastoffe, Farbstoffe, Süßstoffe)
- Kaugummis
- Großhändler für trockene Lebensmittel (Hülsenfrüchte, Bohnen, Erbsen, Linsen, Konserven usw.)
- Getränke (0,0 % ohne Alkohol)
- Tee, Kaffee und weitere warme Getränke
- Auf den Großhandel und Einzelhandel bezogene Technologien und Dienstleistungen (Kassensysteme, Computer-Software, Etiketten, Vitrinen, Regale, Täfel usw.)
- Verpackungen und Packungen
- Logistikunternehmen
- Bereichsbezogene Finanzierungs- und Versicherungsunternehmen

www.lemit-deutschland.de

lemit
Deutschland 2015

Termine

13. März 2015
Freitag

LETZTER AUSSTELLER-ANMELDETERMIN

21. MÄRZ 2015
Samstag

Firmeninformations-abend
(10:00 - 12:30 Uhr)

9. MAI 2015
Samstag

Stand-Übergabe
Produktplatzierung
(18:00 - 23:00 Uhr)

10. MAI 2015
Sonntag

GALA Dinner
(18:00 Uhr)

10.-11. MAI 2015
Sonntag - Montag

Besuchszeiten
(10:00 - 18:00 Uhr)

11. MAI 2015
Montag

Besuchszeiten
(10:00 - 18:00 Uhr)

Schirmherrschaft

Unter Schirmherrschaft von Herrn Garrelt Duin, der Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen

Unter Schirmherrschaft von Herrn Hans-Jürgen Petrauschke, Landrat des Rhein-Kreises Neuss

Veranstalter

BUV

Organisation

synko Synergie Köln e.V. · BNWL · RBP Ruhr Business Plattform e.V. · FIDAN Forum für Wirtschaft & Soziales · Rhein-Ruhr Unternehmerkreis e.V. · UVIDE Unternehmerverein

Partner

Handelsverband Nordrhein-Westfalen · wfg rhein kreis neuss wirtschaftsförderungsgesellschaft mbh economic development corporation · rhein kreis neuss · adv Unternehmerverband Alb-Donau e.V. · SELF Unternehmerverband · rhemarex Rhein Mainer Arbeitgeber und Existenzgründer e.V. · HAMLE · WIN · BAREX · AKTIV Business Network · FUV · MDUV · exuv

Internationale Partner

SWETURK Swedish Turkish Business Federation · Wiener Unternehmer Vereinigung · CETIAD Turk - Czech Entrepreneur Association · Aktiv Üzletemberek Egyesülete · GLOCAL Think Globally Act Locally · POLAXIS · Luso-Turca Câmara de Comércio Indústria e Turismo · TSAFED · DATiFED Danish Turkish Business Federation · Ambra · Norwegian Turkish Chamber of Commerce

Kontakt:
BUV Market Services GmbH
Unter den Linden 39
D-10117 Berlin

Fon +49(0)30 / 340 60 236 0
Fax +49(0)30 / 340 60 234 1
info@buv-ms.de / www.buv-ms.de

Reiseroute
Düsseldorf – Istanbul – Bursa – Istanbul - Düsseldorf

Datum 22. bis 26. März 2015

Kosten 1.580,- Euro inkl. MwSt.

In den Kosten enthalten:
- Alle gemeinsamen Programmpunkte
- Alle gemeinsamen Transfers und Fahrten gemäß Programm
- 4 Übernachtungen in 4-Sterne-Hotels, Einzelzimmer, Frühstück
- Druck Ihrer Firmenprofile für die Delegationsunterlagen

Veranstaltung & Organisation
Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein
Friedrichstraße 40
41460 Neuss

Anmeldung
Auf beiliegendem Anmeldebogen bis zum 16. Januar 2015.
Bitte beachten Sie dort die umseitigen Teilnahmebedingungen und Hinweise.
Änderungen des Programms bleiben vorbehalten.

Wir freuen uns auf Ihre Anmeldung.

Ansprechpartner
Wolfram Lasseur
Telefon: 02131 9268-560
E-Mail: lasseur@neuss.ihk.de

IN KOOPERATION MIT

niederrhein
invest-in-niederrhein.de

kamer van koophandel

IHK Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein

Ö 5

KREFELD | MÖNCHENGLADBACH | NEUSS | VIERSEN

Markterschließungskonzept: Türkei

Unternehmerreise nach Istanbul – Bursa 2015

vom 22. bis 26. März 2015

IN KOOPERATION MIT
der Standort Niederrhein GmbH und der Kamer van Koophandel Nederland

Bildnachweise: © keytoken, muharremtac – Fotolia.com

International www.mittlerer-niederrhein.ihk.de

Stand: November 2014

IHK Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein

Hintergrund und Nutzen

Reiseziel

Die türkische Wirtschaft wird 2014 voraussichtlich um 3,3 % und 2015 um 4 % wachsen. Die Investitionen werden 2014 zunächst um 1,8 % sinken, danach aber wieder stark zunehmen. Perspektivisch wird sich der „Tiger vom Bosporus" als attraktiver Wirtschaftspartner und lohnendes Investitionsziel für deutsche Unternehmen weiter etablieren.

Reisestation

Bursa ist mit rund 2,0 Mio. Einwohnern die viertgrößte Stadt der Türkei. Ihre wichtigsten Industriezweige sind der Automobilbau, die Stahl- und die Textilindustrie. Sie liegt 90 Kilometer südlich der Millionenmetropole Istanbul, der zweiten Station der Reise.

Zielgruppe

Insbesondere Vertreter aus der Maschinenbaubranche und der Automobilzulieferindustrie. Aber auch für einen ersten branchenunabhängigen Markteindruck ist die Teilnahme lohnenswert.

Nutzen

Eine Reiseteilnahme ermöglicht vor allem organisierte Gespräche mit potenziellen Geschäftspartnern, Networking mit Vertretern der Stadt Bursa und der türkischen Wirtschaft sowie Einblicke in deutsche und türkische Unternehmen.

Nutzen Sie die Gelegenheit, mit potenziellen Geschäftspartnern erste Kontakte zu knüpfen!

Reiseprogramm

Sonntag, 22. März 2015 | Düsseldorf – Istanbul – Bursa

6:00 Uhr	„Meet & Greet" im Flughafen Düsseldorf International (Turkish Airlines Check-in)
7:40 Uhr	Abflug nach Istanbul mit Turkish Airlines
12:00 Uhr	Ankunft in Istanbul, anschließend Weiterfahrt nach Bursa und Hotel-Check-in
19:00 Uhr	Gemeinsames Abendessen

Montag, 23. März 2015 | Bursa

10:00 Uhr	Empfang beim Oberbürgermeister der Stadt Bursa
11:00 Uhr	Besuch der Wirtschaftsförderungs-Agentur BEBKA der Stadt Bursa
12:00 Uhr	Mittagessen
13:00 Uhr	Besuch der Industriekammer BTSO der Stadt Bursa, dabei Firmenmatching
19:30 Uhr	„Niederrhein & friends" Netzwerkabend mit deutschen und türkischen Unternehmern

Dienstag, 24. März 2015 | Bursa

10:00 Uhr	Besuch des organisierten Gewerbegebietes DOSAB
11:00 Uhr	Firmenbesuche im Gewerbegebiet DOSAB
15:00 Uhr	Besuch des deutsch-türkischen Joint-Venture GOTEC-G (Automobilzulieferer) / alternativ: Besuche anderer Firmen
16:30 Uhr	Besuch eines weiteren oranisierten Gewerbegebietes
19:00 Uhr	Abend zur freien Verfügung

Mittwoch, 25. März 2015 | Istanbul

9:30 Uhr	Abfahrt nach Istanbul
13:00 Uhr	Firmenmatching in Istanbul
16:00 Uhr	Firmenbesuch oder Besuch der Deutsch-Türkischen Handelskammer
19:00 Uhr	Abend zur freien Verfügung

Donnerstag, 26. März 2015 | Istanbul – Düsseldorf

10:00 Uhr	Besuch der Industriekammer der Stadt Istanbul mit Unternehmergesprächen
12:00 Uhr	Gemeinsames Mittagessen
15:10 Uhr	Abflug nach Düsseldorf (Turkish Airlines)
17:35 Uhr	Ankunft in Düsseldorf

Flyer Türkeireise_4-Seiter_DIN lang_4c_RZ.indd 2-3 25.11.2014 10:52:00

Ö 6

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 08.04.2015

50 - Sozialamt

Sitzungsvorlage-Nr. 50/0583/XVI/2015

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.04.2015	öffentlich

Tagesordnungspunkt:
SGB II- Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Sachverhalt:

Der Jobcenter Report ist unter **www.jobcenter-rhein-kreis-neuss.de** unter der Überschrift „Presse“ in der Rubrik „Daten,Zahlen,Fakten“ abrufbar.
Der direkte Link lautet:
http://www.jobcenter-rhein-kreis-neuss.de/site/zahlen_daten_fakten/

Die Kosten der Unterkunft haben sich wie folgt entwickelt:

Die nachstehende Darstellung berücksichtigt ausschließlich die Bundesbeteiligung für KdU (24,5%) und Warmwasser (1,9%), in Höhe von 26,4 %.

Entwicklung KdU und BG 2014

Bezeichnung:	Ansatz geplant	Auszahlung 2014	Differenz
K.d.U.	76.139.300 €	77.680.220,98 €	1.540.920,98 €
Bundesbeteiligung (26,4 %)	19.778.880 €	20.092.819,71 €	313.939,71
Wohngelderstattung Land	9.500.000 €	8.622.847,41 €	-877.152,59
Nettoansatz	47.230.420 €	48.964.553,86 €	1.734.133,86 €

	Aufwendungen	Bundesbeteiligung	Saldo	Anteil vom Ansatz in %	BG
Januar *	6.102.408,36 €	1.588.456,91 €	4.513.951,45 €	7,98%	15.559
Februar	6.555.107,74 €	1.688.831,11 €	4.866.276,63 €	8,57%	15.659
März	6.374.245,18 €	1.658.673,62 €	4.715.571,56 €	8,33%	15.723
April	6.508.590,65 €	1.679.821,28 €	4.828.769,37 €	8,51%	15.695
Mai	6.416.008,17 €	1.665.988,03 €	4.750.020,14 €	8,39%	15.686
Juni	6.493.045,08 €	1.681.594,40 €	4.811.450,68 €	8,49%	15.691
Juli	6.633.402,72 €	1.709.192,65 €	4.924.210,07 €	8,67%	15.746
August	6.575.910,54 €	1.698.337,83 €	4.877.572,71 €	8,59%	15.668

September	6.267.087,57 €	1.623.130,64 €	4.643.956,93 €	8,19%	15.662
Oktober	6.476.910,10 €	1.673.216,10 €	4.803.694,00 €	8,47%	15.588
November	6.503.876,97 €	1.686.793,19 €	4.817.083,78 €	8,50%	15.562
Dezember*	6.773.627,90 €	1.738.783,96 €	5.034.843,94 €	8,85%	
Summe	**77.680.220,98 €**	**20.092.819,71 €**	**57.587.401,27 €**	**101,53%**	

Haushaltsplanung und Ausgaben 2015

Bezeichnung:	**Ansatz**
K.d.U.	78.041.500,00 €
Bundesbeteiligung (26,4 %)	20.174.000,00 €
Wohngelderstattung Land	9.500.000,00 €
Nettoansatz	48.367.500,00 €

	Aufwendungen	**Bundesbeteiligung**	**Saldo**	**Anteil vom Ansatz in %**	**BG**
Januar *	6.187.611,04 €	1.620.033,09 €	4.567.577,95 €	7,93 %	
Februar	6.624.322,52 €	1.717.131,21 €	4.907.191,31 €	8,49 %	
März	6.457.480,62 €	1.680.468,45 €	4.777.012,17 €	8,27 %	
April					
Mai					
Juni					
Juli					
August					
September					
Oktober					
November					
Dezember*					
Summe	19.269.414,18 €	5.017.632,75 €	14.251.781,43 €	24,69%	

Quellen:
BG
Agentur : Informationen Jobcenter Report Rhein-Kreis Neuss

Aufwand KdU:
Agentur: Meldungen über den Web-Server (Finasload) jeweils 16. des Vormonats - 15. des laufenden Monats
* Ausnahme: Januar = 01.01. - 15.01. und Dezember = 15. 11 - 31.12.

Ö 7

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 07.04.2015

013 - Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit, Service Center

Sitzungsvorlage-Nr. 013/0582/XVI/2015

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.04.2015	öffentlich

Tagesordnungspunkt:
Leistungsbericht 2014 der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Sachverhalt:

In der XIV. Wahlperiode des Kreistages wurde der Wunsch geäußert, dass die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in regelmäßigen Abständen über ihre Leistungen und Projekte im Kreisausschuss berichten soll.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat daraufhin jährlich einen Leistungsbericht mit den wichtigsten Aufgaben, Projekten und Kennzahlen für den Kreisausschuss erstellt.

Der diesjährige Leistungsbericht für das Jahr 2014 wurde als Anlage mit der Einladung zur Sitzung versendet.

Der Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Harald Vieten, steht für Nachfragen in der Sitzung zur Verfügung.

Beschlussempfehlung:

Der Kreisausschuss nimmt den Leistungsbericht 2014 der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Kenntnis.

Ö 10.1

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 31.03.2015

50 - Sozialamt

Sitzungsvorlage-Nr. 50/0574/XVI/2015

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.04.2015	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke / Piraten vom 26.03.2015 zur Schulsozialarbeit

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 26.03.2015 legte die Kreistagsfraktion Die Linke/ Piraten die beigefügte Anfrage vor, welche mit Mail vom 31.03.2015 wie folgt konkretisiert wurde:

> Da Ihnen unsere Fragen zu vage sind, hier eine Aufteilung unsere Frage in einzelne Punkte. Der zur Beantwortung dieser Fragen benötigte Personalaufwand sollte sich in Grenzen halten.
>
> Getrennt nach Gemeinden/Städten
> Wie viele Kinder in Kitas nahmen die Hilfe eines Schulsozialarbeiters oder einer Schulsozialarbeiterin in Anspruch?
> Wie viele Kinder in Grundschulen nahmen die Hilfe eines Schulsozialarbeiters oder einer Schulsozialarbeiterin in Anspruch?
> Wie viele Kinder/Jugendliche in in weiterführenden Schulen nahmen die Hilfe eines Schulsozialarbeiters oder einer Schulsozialarbeiterin in Anspruch?
> (Eine einfache Auflistung reicht, z.B.:
> Gemeinde: XY
> Kitas: Anzahl Kinder
> Grundschulen : Anzahl Kinder
> weiterführende Schulen: Anzahl Kinder/Jugendliche)
>
> Frage an den/die SchulsozialarbeiterIn: "Wie wird sich die Anzahl der Kinder (Jugendlichen) die eine Betreuung durch einen SchulsozialarbeiterIn benötigen, Ihrer Meinung nach entwickeln?"
> (Kurze Einschätzung reicht hier aus. Falls eine solche Einschätzung bereits vorliegt erwarten wir natürlich nicht das diese neu eingehohlt wird)

Antwort

Zunächst der Hinweis, dass die folgenden Ausführungen ausschließlich die Schulsozialarbeit nach dem Bildungs- und Teilhabepaket betrifft.
Die Schulsozialarbeit BuT ergänzt die reguläre Schulsozialarbeit.
An welchen Schulen und sonstigen Einrichtungen reguläre Schulsozialarbeiter durch das Land NRW oder die Städte und Gemeinden eingesetzt werden, ist nicht bekannt. Es kann kein Gesamtbild über die Schulsozialarbeit im Rhein-Kreis Neuss abgegeben werden.
Zur Schulsozialarbeit BuT:

Die Verteilung der Schulsozialarbeiter BuT nach Schulformen / Einrichtungen pro Stadt.

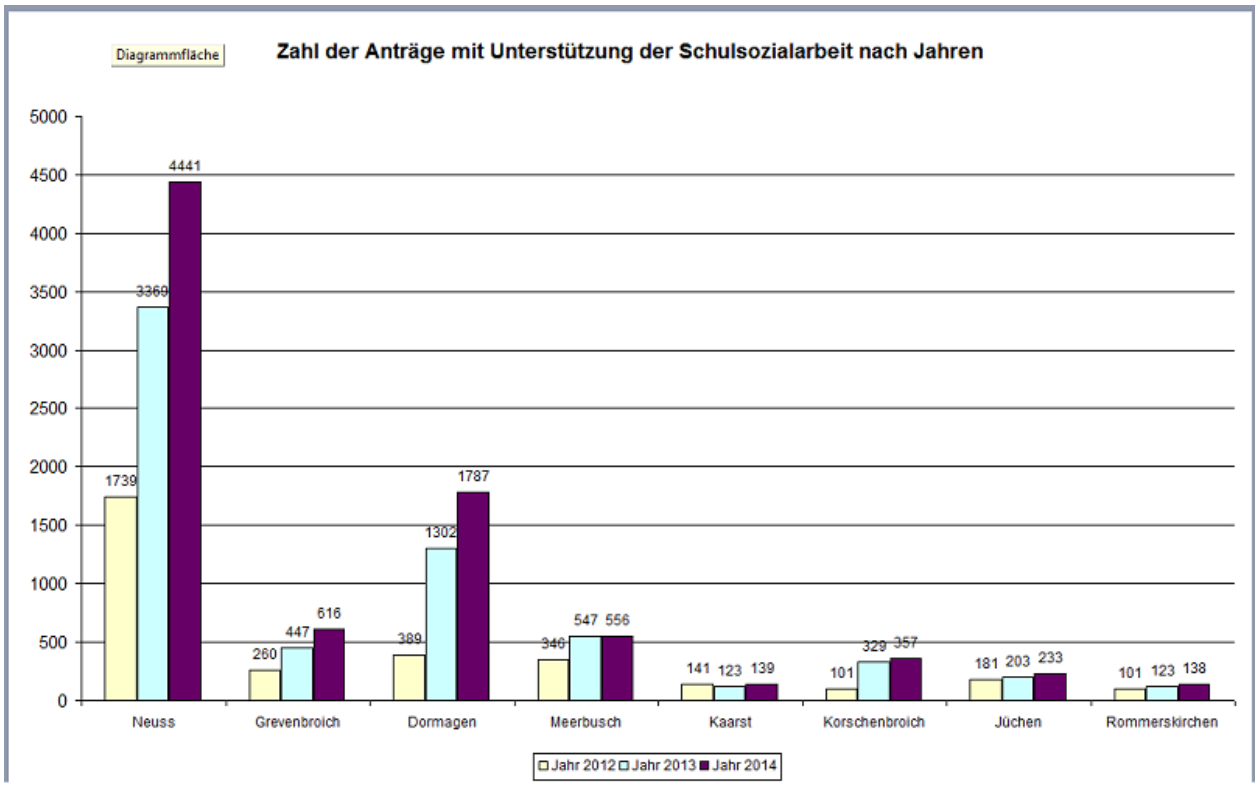
	Anzahl Schulsozial-arbeiter	**Gesamt-stunden-zahl**	**Anmerkung**
Neuss			
16 Grundschulen	14,5	415	
1Real/ 1Sekund/ 1Berufskoll.	2,5	75	
Jugendhaus	0,5	16	
Gesamt	17	506	
Grevenbroich	5	156	Einsatz im Gebäude „Alte Feuerwache“ der Stadt GV , dh. Beratung in allen Schulformen
Dormagen	3	117	Einsatz in Stadtteilen, dh. Beratung in allen Schulformen
Meerbusch			
Grundschule	1	20	
Realschule / Gymnasium	2	59	
Gesamt	3	79	
Kaarst			
6 Grundschulen	2	59	Die Schulsozialarbeiter betreuen 6 Grundschulen und die Förderschule. (Stundenanteil kann nicht benannt werden)
Korschenbroich			
alle Grundschulen	1	39	
Jüchen	1	39	Einsatz in ges. Gemeinde, dh. Beratung in allen Schulformen
Rommerskirchen	1	20	Einsatz in ges. Gemeinde, dh. Beratung in allen Schulformen

Hinweis:
Beratungszahlen einzelner Schulsozialarbeiter werden nicht vorgelegt. Auch eine Unterteilung nach Schulformen ist nicht möglich, da dies teilweise einen Rückschluss auf einzelne

Schulsozialarbeiter zulassen würde. Hintergrund ist, dass die Schulsozialarbeiter entsprechend der Einzelkonzepte der Städte und Gemeinden mit unterschiedlichen Schwerpunkten in den Städten und Gemeinden eingesetzt wurden. So sind die Schulsozialarbeiter zum Teil ausschließlich für die BuT – Beratung eingesetzt und führen BuT-Beratungen über alle Schulformen und Altersgruppen durch. Andere Schulsozialarbeiter wurden direkt in Grundschulen eingesetzt, betreuen dort eine begrenzte Anzahl an Kindern und engagieren sich aber noch in vielen Schulprojekten. (Zu den Einsatzorten siehe BuT Bericht Punkt 4 / Vorlage für den 3.ten Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 19.02.2015)

Aufgrund dieser unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkte bezüglich Beratung und Projekte wurde bei Einführung der Schulsozialarbeit BuT vereinbart, dass jährlich ein Sachbericht vorgelegt wird und die Einzelleistungen der Schulsozialarbeiter nicht in Fallzahlen bemessen werden.

Auswertung der Beratungen und Antragszahlen nach Berichtsjahren:



Es wird nicht die Anzahl der Kinder, die eine Beratung in Anspruch nehmen, sondern die Anzahl der Beratungsgespräche mit den Erziehungsberechtigten erfasst.
Statistiken wie viele Kinder an einzelnen Schulen einen Anspruch auf BuT-Leistungen haben, existieren nicht und wären datenschutzrechtlich bedenklich.

Hilfsweise wurden im BuT- Bericht (3.te Sitzung Sozial- und Gesundheitsausschuss) die „Kinder in Mittagsverpflegung mit BuT –Zuschuss “ und die Schulsozialarbeiter BuT gegenübergestellt.

Die Frage, wie sich die Anzahl der Kinder (Jugendlichen) die eine Betreuung durch einen SchulsozialarbeiterIn benötigen, entwickeln wird, hängt nicht von der Einschätzung einzelner Schulsozialarbeiter ab, sondern wird an den objektiven Entwicklungen gemessen.

Bezüglich der individuellen Einschätzungen vor Ort wird insoweit auf die Briefe der Schulen und Einrichtungen verwiesen, die den Beratungsunterlagen der 3.ten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses com 19.02.2015 beigefügt waren.

Zur Stellungnahme der Gemeinde Jüchen:
Die Gemeinde Jüchen hat zwischenzeitlich klar gestellt, dass die zunächst ablehnende Haltung den Finanzierungsfragen geschuldet war. Für den Fall dass die kommunale Ebene die Kosten tragen muss, sollte auch der Kreis die Aufgabe nicht übernehmen.

Anlagen:
Anfrage_Fallzahlen_Schulsozialarbeiter_201503

Ö 10.1

DIE LINKE. PIRATEN Fraktion im Rhein-Kreis Neuss

Die Linke/Piraten Fraktion
Rhein- Kreis Neuss

Daimlerstr. 32
41352 Korschenbroich

Ansprechpartner:

Thomas Koch

Schulstr. 1B
41363 Jüchen

koch.thomas@gmx.de
+49(0)2181 45110

An:

Rhein-Kreis Neuss
-Büro des Landrates-
Landrat Petrauchke

Lindenstraße 2
41515 Grevenbroich

-per email-

Neuss den 26.03.2015

Sehr geehrter Herr Landrat Petrauschke,

wir bitte Sie die folgende Anfrage an die Verwaltung weiterzuleiten und möchten um eine Beantwortung bis zum Kreisausschuss bitten.

Anfrage:
Wir möchten Sie bitten eine Fallzahlenzählung der einzelnen Schulsozialarbeiter getrennt nach Gemeinden und Einrichtungen (Kita, Grundschule, weiterführende Schulen) zu erstellen.
Weiterhin möchten wir Sie bitten die Einschätzung der Schulsozialarbeiter, bezüglich des zukünftigen Bedarfs, zu ermitteln.
Bitte gehen Sie auch auf die Ablehnung der Gemeinde Jüchen ein, da wir hier einen Bedarf sehen.

Begründung:
Die im Sozialausschuss vorgetragenen Zahlen sagen uns zu wenig aus. Besonders auf die bisherigen und zukünftig zu erwarteten Einzelaufgaben der Schulsozialarbeiter bezogen. Fragen wie:

- ist die Auslastung der Mitarbeiter wirklich gerecht verteilt
- gibt es einen zukünftig erwarteten Mehrbedarf für Kitas und Grundschulen
- Auswirkungen durch die Steigerung von Unterstützungsbedürftigen, hier insbesondere durch die zunehmende Zahl der Asylsuchenden.

Mit freundlichen Grüßen

Kirsten Eickler
Fraktionsvorsitzende

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente
- Einladung Kreisausschuss 010 1

Vorlagendokumente
- TOP Ö 3 Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft
  - Vorlage 61/0573/XVI/2015 5
  - Anlage - Antwortschreiben Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 7
  - Anlage - Pressemitteilung DEBRIV a 61/0573/XVI/2015 9
  - Anlage - Pressemitteilung DEBRIV b 61/0573/XVI/2015 11
  - Anlage - Pressemitteilung Landkreistag - 61/0573/XVI/2015 13
  - Anlage - Schreiben IHK Mittlerer Niederrhein 61/0573/XVI/2015 15
  - Anlage - Schreiben RWE Power AG 61/0573/XVI/2015 19
  - SchriftverkehrMinisterBetriebsräte 61/0573/XVI/2015 21
- TOP Ö 4 Bericht zur Regionalarbeit
  - Vorlage 61/0572/XVI/2015 29
- TOP Ö 5 Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa (Stand: April 2015)
  - Vorlage ZS5/0577/XVI/2015 33
  - AMR März DRUCK ZS5/0577/XVI/2015 39
  - Bilanz Startercenter DRUCK ZS5/0577/XVI/2015 45
  - Flyer LeMit DRUCK ZS5/0577/XVI/2015 49
  - Flyer Unternehmerreise Türkei 2015 ZS5/0577/XVI/2015 55
- TOP Ö 6 SGB II- Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinscha
  - Vorlage 50/0583/XVI/2015 57
- TOP Ö 7 Leistungsbericht 2014 der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
  - Vorlage 013/0582/XVI/2015 59
- TOP Ö 10.1 Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke / Piraten vom 26.03.2015 zur
  - Vorlage 50/0574/XVI/2015 61
  - Anfrage 50/0574/XVI/2015 65

Inhaltsverzeichnis 67